

Bezugspreis: Für den Monat Juni 7000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Ungarn 9000 M., für das übrige Ausland 11000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonnabendbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimzeit“ und der Beilage „Giedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 8. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1100, Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Rohpreiskarte kostet 1500 M., Reklamekarte 7500 M., „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 500 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 250 M., Stellenangebote das erste Wort 250 M., jedes weitere Wort 200 M., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 250 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Das deutsche Memorandum.

Durch WTB. wird folgendes veröffentlicht: Wie bekannt, sind der Reichsregierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antworten zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung sich in ihrer Rückäußerung auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind. Demgemäß ist heute (Donnerstag) den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai folgendes Memorandum übermittelt worden.

Memorandum.

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie, nur um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen wollte, als nach ihrer Ueberzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu halten imstande ist.

Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die

deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen.

Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar.

Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung

folgende Garantien

für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor:

a) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von zehn Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstklassiges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit fünf Prozent verzinst sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erstklassiges Pfandrecht in Höhe von zehn Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den belasteten Objekten aufgebracht.

c) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohwert dieser Zölle und Verbrauchsteuern, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen:

In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch

am Verhandlungstisch erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig.

Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Reparation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr

Ersuchen, eine Konferenz zu berufen,

um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.

Das Memorandum ist in fünf Hauptstädten — London, Paris, Brüssel, Rom und Washington — wörtlich überreicht worden. Nach Tokio dagegen ist angelehrt der ungeheuren Uebersetzungsspesen nur ein Resumé telegraphiert worden, während dem japanischen Botschafter in Berlin der volle Wortlaut übergeben wurde.

Es ist am besten, mit dem Lezten zu beginnen. Was das Memorandum der deutschen Regierung zu Punkt 4 erklärt, ist so vernünftig und unanfechtbar, daß nur schlimmste Böswilligkeit ihm widersprechen kann. Es muß verhandelt werden, wer nicht verhandeln will, setzt sich ins Unrecht.

Wir haben die Meinung, daß man berechtigt sei, mündliche Aussprache zu verweigern, weil im schriftlichen Gedankenaustausch noch keine genügende Annäherung erzielt sei, stets als falsch und verhängnisvoll bekämpft. Sie jetzt noch zu vertreten, dazu fehlen alle Voraussetzungen. Denn die Gegensätze sind nicht mehr so groß, daß man meinen dürfte, der Versuch zu ihrer Ueberbrückung müßte auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, die Reichsbahn und den gesamten deutschen Grund und Boden bis zum Betrage von je 10 Milliarden Goldmark zu verpfänden. Das allein ergibt einen Gegenwartswert von 20 Milliarden Goldmark. Sie ist bereit, außerdem die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols zu verpfänden. Der Wert dieses Planes ist ziffernmäßig nicht genau bestimmbar. Alles in allem wird auch der ungünstigste Rechner kaum das Kunststück fertig bringen, den Gegenwartswert des deutschen Angebots auf weniger als 30 Milliarden Goldmark zu berechnen; er wird aber bedeutend höher, wenn man bedenkt, wie steigerungsfähig die genannten Zoll- und Verbrauchssteuererträge sind, und weiter bedenkt, daß zusätzliche Sachlieferungen nicht ausgeschlossen sind.

Auch auf der Gegenseite wird man nicht verkennen, daß schließlich doch etwas von den öffentlichen Einnahmen für die inneren Aufgaben des Staatswesens übrig bleiben muß, denn die Aufrechterhaltung des Staatswesens ist doch eine unerlässliche Voraussetzung für die Fähigkeit zu Leistungen an das Ausland. Meinen die auswärtigen Regierungen trotzdem, daß eine andere Lösung möglich sei, so sind eben die mündlichen Verhandlungen dazu da, solche Pläne zur Erörterung und zur Reife zu bringen.

Die Regierung hat es unterlassen, in ihrem Memorandum den Gegenwartswert ihres erweiterten Angebots zu berechnen und auf diese Art eine „feste Summe“ anzubieten. Warum sie das unterlassen hat, ist ein öffentliches Geheimnis, das in der Presse schon vielfach erörtert wurde. Gerade dadurch hat sie geglaubt, eine weitere Annäherung an den Standpunkt von Regierungen, die für die künftigen Verhandlungen sehr wichtig sind, erzielen zu können. Die nächste Zukunft muß zeigen, ob die Annahme, von der die Regierung ausging, zutrifft und ob die erwarteten und erwünschten Folgen — den Weg zum Verhandlungstisch zu ebnen — auch wirklich eintreten werden.

Erstlich kann nicht geleugnet werden, daß es möglich sei, mit der deutschen Regierung in erfolgsversprechende Verhandlungen über die Lösung des Reparationsproblems einzutreten. Besteht aber die Möglichkeit, über dieses Grundproblem zu einem Einverständnis zu gelangen, so ist es unzulässig, Prestigefragen in den Vordergrund zu schieben. Auch für Deutschland bedeutet es eine Aufgabe des leeren Prestigeanspruches, wenn es sich bereit erklärt, nach allem, was ihm angetan wurde und noch angetan wird, in sachliche Verhand-

lungen über sachliche Fragen einzutreten. Aber hier hat, gewiß nicht ohne Zutun der Sozialdemokratie, die Erkenntnis gesiegt, daß Eitelkeit und Rechthaberei die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nicht verschleppen dürfen.

Eine ganz andere Frage ist, ob nicht durch vorläufige Vereinbarungen eine bessere Atmosphäre für die bevorstehenden Verhandlungen geschaffen werden könnte. Dazu ist aber guter Wille auf beiden Seiten erforderlich. Wenn es der französischen Regierung darauf ankommen würde, den Boden für eine Verständigung vorzubereiten, so müßte sie der Einsicht zugänglich sein, daß gewisse Reizungen aufhören müssen, wenn ihre natürlichen aus der Stimmung der betroffenen Bevölkerung selbst entspringenden Gegenwirkungen ausbleiben sollen. Wer hingegen etwas verlangt, was der menschlichen Natur widerstreitet, nämlich daß fortgesetzte Peinigungen mit unerhöplicher Geduld ertragen werden, der zeigt, daß er eine Verständigung nicht will.

Es ist nun Sache der angerufenen Mächte, sich darüber zu entscheiden, wie sie sich zu dem wiederholten und besser begründeten deutschen Wunsch nach mündlichen Verhandlungen stellen wollen. Das Ergebnis muß mit Festigkeit abgewartet werden. Inzwischen ist es Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß die nötige Festigkeit des Abwartens auch aufgebracht werden kann. Gelingt es, die Gefahr einer wirtschaftlichen Krise, die durch den Marktzusammenbruch hervorgerufen ist, zu bannen, dann darf man hoffen, daß eine Staatskatastrophe vermieden und der Verhandlungstisch erreicht wird.

Paris sucht Hindernisse.

Paris, 7. Juni. (Eca.) Die Äußerungen einer hochstehenden Persönlichkeit des Quai d'Orsay lassen den vorläufigen Schluß zu, daß der erste Eindruck des deutschen Memorandums in den maßgebenden französischen Kreisen kein allzu günstiger zu sein scheint. Man bezeichnet den Inhalt des deutschen Memorandums als bei weitem nicht befriedigend. Insbesondere erklärt man, die erste Vorbedingung für alle Verhandlungen sei nicht erfüllt, da sich Deutschland nicht dazu bereit erklärt habe, den passiven Widerstand aufzugeben. Der Gedanke an einen Schiedsspruch über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands wird als vollkommen unannehmbar bezeichnet und man meint auch, daß der Vorschlag Deutschlands, die weitere Entwicklung in einer Konferenz zu besprechen, bei der Deutschland als gleichberechtigter Teilnehmer auftreten werde, die Beschlüsse der Reparationskommission besetze drängen und die Bestimmungen des Versailles Vertrag beschränken würde. Im übrigen hat sich Poincaré in den Abendstunden mit dem Studium der Note befaßt.

London verhält sich abwartend.

London, 7. Juni. (WTB.) Wie Reuter meldet, hält man sich in amtlichen Kreisen davon zurück, Erklärungen zur deutschen Note abzugeben. Die Lage wird als zu heikel angesehen, um zu gestatten, Eile zu zeigen oder schlechtüberlegte Erklärungen abzugeben, bevor die Auffassungen bei den Alliierten bekannt sind. Das Kabinett wird die Note in einer auf einen möglichst nahen Zeitpunkt anberaumenden Sitzung besprechen. Wie man erwartet, wird alsdann zwischen London, Paris, Brüssel und Rom ein Gedankenaustausch stattfinden, um über die von den Alliierten zu unternehmenden Schritte schlüssig zu werden.

Sphinx Baldwin.

London, 7. Juni. (WTB.) Unterhaus. Kenworthy (Lib.) fragte, ob die Regierung mit der französischen oder deutschen, italienischen, belgischen und amerikanischen Regierung zwecks Erörterung einer Regelung der deutschen Reparationsfrage in Verbindung stehe. Baldwin verneinte dies; hierauf fragte Kenworthy: „Ist das so aufzufassen, daß die Regierung sich in dieser Frage still verhält und überhaupt nichts tut?“ Baldwin erwiderte: „Nein“. Kenworthy fragte: „Wenn wir uns nicht still verhalten, kann der Premierminister dann sagen, was wir tun?“ Baldwin antwortete: „Ich glaube, sie werden es bald sehen.“

Baldwin fuhr, nach einem Telegramm der Ill., fort: „Mein Eindruck ist der, nach Empfang der deutschen Note wird die englische Regierung sofort in Tätigkeit treten und versuchen, eine Diskussionsreihe mit dem Ziele herbeizuführen, eine Einigung zustande zu bringen. Wenn die deutsche Note eine geeignete Grundlage darstellen wird, so werde ich heute abend noch von den verschiedenen Stellen zu erfahren versuchen, was sie eigentlich bietet und was sie versäumt hat. Deutschland ist zu gut über die englische Anschauung informiert, als daß es irgendwelche Forderungen vernachlässigen könnte.“

Wo sind die Provokateure?

Bei der Erwerbslosendemonstration in Weimar, an der das Gewerkschaftsstellwerk offiziell teilgenommen war, traten Elemente als Provokateure auf, die weder organisiert, noch in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bekannt sind. Nach der Demonstration in Leipzig provozieren Leute, die ausdrücklich erklären, weder Sozialdemokraten noch Kommunisten zu sein, sondern ihre eigene Aktion zu machen, den Zusammenstoß mit der Schutzpolizei. Führer der Kommunisten stellten sich den Gewalttätigen entgegen. Diese scheinbar nebensächlichen Tatsachen müssen hervorgehoben werden, da die deutschvölkische und deutschnationale Presse seit den Vorfällen im Ruhrgebiet bemüht ist, alle Teuerungsunruhen auf das Konto der Kommunisten zu schieben und daraus kommunistische Putschabsichten zu konstruieren.

Die völkische Presse täte besser, mit ihren Verdächtigungen sparsamer umzugehen, um sich nicht selbst einem sehr nahe liegenden Verdacht auszusetzen. Der Dresdener Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ stellt z. B. fest, daß während der Unruhen in Dresden Leute gewesen sind, die eine sehr merkwürdige, keineswegs völlig klare Rolle gespielt haben, Leute, deren Namen schon bei früheren faschistischen Putschen, z. B. bei der Ermordung Liebknechts, genannt worden sind. Genannt werden die bekannten Leutnants Krull und Killinger, die sich unter der Maske von Beauftragten des Reichskommissars für öffentliche Sicherheit bei den Dresdener Behörden einschlichen und plötzlich verschwanden, nachdem sie wiederholt nach Berlin telephonierte hatten. Es herrsche in politischen Kreisen Dresdens die Ueberzeugung, daß nicht nur diese beiden Herren faschistische Pläne verfolgten. Uns erscheint eine behördliche Verfolgung dieser Angelegenheit umso notwendiger, als der Gewährsmann des „Berliner Tageblatts“ weiter behauptet, von der Reichswehr seien in diesen Tagen ohne Wissen der sächsischen Regierung bayerische und hannoversche Truppen vor die Tore Dresdens geschickt worden, so daß ein Eingriff von dieser Seite auch gegen den Willen der sächsischen Regierung durchaus im Bereich der Möglichkeit lag.

Wie II. mitteilt, befinden sich unter den während der Leipziger Krawalle Verhafteten kein politisch organisierter Arbeiter und nur wenige Erwerbslose.

Die Ernährungsschwierigkeiten.

Besprechungen mit Verbrauchern.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am Donnerstag unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Luther eine Besprechung mit den Organisationen der Verbraucher statt, die die Schwierigkeiten auf dem gesamten Gebiete der Ernährung behandelte. Einleitend wurde ausführlich dargelegt, welche gesetzgeberischen und Verordnungsmaßnahmen in den letzten Monaten durchgeführt und in Angriff genommen worden sind, besonders zur Frage der Handelsverträge, der Wucherbekämpfung, der Preiskontrolle usw. Die Wirkung dieser Maßnahmen wurde in ihrer Bedeutung anerkannt.

Weiter behandelte der Minister unter scharfer Betonung der sich aus den Preissteigerungen ergebenden Schwierigkeiten eingehend die Anregungen, die von Seiten der Verbraucher gegeben wurden, und legte die gesamte Ernährungslage dar, wobei er die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Preisbildung durch allgemeine Verbilligungsaktionen des Reiches als unwirtschaftlich und in ihrer letzten Auswirkung auch für die Verbraucher schädlich bezeichnete. Die Unmöglichkeit, durch derartige Maßnahmen der Regierung preislenkend zu wirken, veranlaßte die Verbraucher zu dem Wunsche, der Minister möchte den anderen in Betracht kommenden Ressorts der Regierung diese Verhältnisse darlegen, damit dieser Umstand bei den Verhandlungen über Lohn- und Gehaltsabläufe beachtet wird. Der Minister sagte einen solchen Schritt zu.

„Dreiklang des Krieges“ von Walter Bloem

Schloßpark-Theater.

Die Befürchtungen, die der etwas prätentive Titel erregen mochte, erwiesen sich zum Glück als grundlos. Bloem, der bekannte Romanschriftsteller, redet hier nicht, wie es heute so oft versucht wird, in Jargon, er ringt, Geschautes und Durchfühles in plastisch schlichter Formung zu gestalten. Und die Sympathie, die er für seine Helden empfindet, reißt ihn nicht aus der Sphäre des Menschlichen zu mystisch-verzerrter, die Scheußlichkeit und Barbarei des Völkervertragens vergeßender Schwärmererei fort.

Im Mittelpunkt des ersten Bildes („Leben“) steht ein im Krieg Erblindeter: ein Major, der, äußerlich gefaßt, doch innerlich voll fiebernder Angst im Bazarret der ersten Begegnung mit seiner von ihm vergötterten jungen Frau entgegensteht. Dem kräftigen, lebensstüchtigen und lebensfrohen Ranne galt ihre Liebe. Kann dies Gefühl sich halten? Wird es sich nicht in bloßes Mitleid wandeln, das mit gebemter Sehnsucht nach Befreiung nur aus dem Zwang des Schuldbewußtseins bei ihm ausharrt? Das wäre unerträglich. Doch noch immer hofft er. Als die Frau kommt, legt er ihr den Gedanken einer Trennung nahe. Empört weist sie ihn ab. Doch in ihrer Empörung hört er einen Unterton, der ihm gewiß macht, was er fürchtet. Sein Entschluß, den Bund zu lösen, ebe er zur Fessel wird, ist unabänderlich. Das verhängnisvolle, die Bangigkeit hinter einem Ansehen militärischer Würdichkeit verdeckende Spiel Fritz Alberts brachte die Tragik zu ergreifendem Ausdruck. Gut war auch die Krankenschwester Käthe Herbsts, die den Erblindeten, ohne daß er es ahnt, in aller seiner Blindheit liebt. Von ihr leuchtet am Schluß etwas wie ein letzter Hoffnungsstrahl auf.

Eigenartig und stark Klang aus das zweite Stückchen („Tod“) aus. Ein tödlich verwundeter, blutjunger Leutnant, in verschlossener Anbahnart von Albert Berthold vorzüglich dargestellt, steht im letzten Augenblick die Pflegerin, eine fromme Klosterfrau, an, ihm, der die Welt verlassen müßte, ohne Frauenliebe je gekannt zu haben, einen Abschiedskuß auf die Lippen zu drücken. Nach dem Tode erst mißfaßt sie ihm.

Der Schauplatz des dritten Stückes („Unsterblichkeit“) ist ein Unterland, den eine totgeweihte Schar unter dem Trommelfeuer des Feindes besetzt hält. Auch hier charakteristisch scharfe Umritzung der Personen, unter denen der steifliche Stabsarzt (Albert) und der von visionärer Todesahnung bewegte, doch ungebundene Hauptmann (Fritz Kennemann) am anschaulichsten hervortreten. Ihr Gespräch streift Fragen der Unsterblichkeit. Der von der Heeresleitung anbefohlene Ausdruck mäht alle hinweg.

Albert Bertholds Regie ging des Verfassers Intentionen feinfühlig und mit großer Umsicht nach. Das Publikum schien gepackt und bewegt.

Gefahren im Ruhrgebiet.

Elberfeld, 7. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Der Metallarbeiterstreik in Hagen ist beigelegt; damit kehren 35 000 Metallarbeiter zur Arbeit zurück. Die Gemäßigten sind wieder eingestellt worden. Dieser Ausgang bedeutet nicht nur einen Sieg der Gewerkschaften, sondern auch einen Sieg des offiziellen Arbeitgeberverbandes, des Hagener Stahlbundes, gegen die äußerst rechts- und extremnationalistisch gerichtete Gruppe der bergischen Arbeitgeber, die unter dem direkt verbrecherischen Einfluß des deutschnationalen, aber durchaus nationalsozialistisch orientierten Reichstagsabgeordneten van den Kerckhoff stehen und die den Streik im wichtigen Industriebezirk Hagen provozieren. In Remscheid, wo noch immer 15 000 Metallarbeiter im Streik stehen, haben am Donnerstag unter dem Vorbehalt der Düsseldorf Regierung Einigungsverhandlungen begonnen.

Die Tätigkeit der Franzosen erstreckt sich nach der Beschlagnahme der wichtigsten Mittellinie auf die umliegenden Zechen, die die größten Kohlereien Westfalens enthalten. Gewöhnlich erscheinen Truppen mit Panzerwagen. Sie reihen das Anschlußgleis nach den in der Nähe gelegenen Zechen auf und entfernen sich wieder. Am Donnerstag wurden die Anschlußgleise der Zechen „Zentrum I und III“ in Batterscheid, „Holland III und IV“ in der Nähe von Gelsenkirchen unbrauchbar gemacht. Man rechnet mit völliger Stilllegung des wichtigen Verschiebehofs Watterscheid. Damit wäre der Kohlentransport voll unterbunden.

Im übrigen macht sich ein großer Kartoffelmangel bemerkbar. Er ist zurückzuführen auf die durch die Witterungsungunst hier im Westen fast um vier Wochen verschobene Kartoffelreife und auf die infolge des Marksturzes ungeheuer in die Höhe geschrittenen Preise für holländische Kartoffeln, durch die früher der Bedarf im Ruhrbezirk gedeckt wurde. Wie wir erfahren, beschäftigen sich bereits die Arnberger und die Düsseldorf Regierung mit dieser Frage. Der Hauptgrund der Mißstimmung bleibt aber die Lohnfrage. Die Gebuld der Ruhrarbeiter in dieser Beziehung wird auf die denkbar härteste Probe gestellt. Hier muß bald eine Aenderung getroffen werden.

Man darf sich über die Stimmung der Bevölkerung des Industriegebietes keinen Illusionen hingeben. Sie könnten falsche Meinungen aufkommen lassen, die den tatsächlichen Verhältnissen im Ruhrbezirk nicht gerecht werden und die den Ruhrkrieg in ein Stadium treiben, das den gewünschten Erfolg nicht gewährleistet. Am Mittwoch fanden große, von den Gewerkschaften und vom A.F.L.-Bund einberufene Versammlungen statt, in denen diese Auffassung zutage trat. Während der Mann auf der Straße der Auffassung zuneigt, daß der Widerstand der Eisenbahner so ziemlich zwecklos sei, weil die Zechen ihre Kohle doch auf die Halde kippen und sie sozusagen mit den Franzosen schon Hand in Hand arbeiteten, hat auf andere Kreise das mit Forderungen verknüpfte Angebot der Industrie und der Landwirtschaft, die sich vor den Opfern drücken, während die Arbeiterbevölkerung an der Ruhr sozusagen alles opfert, verheerend gewirkt. Weiter führt man ins Feld, daß die Disziplinarverfahren gegen die streikenden Eisenbahner vom Februar 1922 immer noch schweben, und daß Bergbauangehörige, die seit Jahren gemäßigter sind und laut Schiedspruch wieder eingestellt werden müssen, immer noch auf der Straße liegen. In einer Resolution, die die Gelsenkirchener Gewerkschaften gestern Abend einstimmig angenommen haben, wird das als Dolchstoß in den Rücken der Ruhrkämpfer bezeichnet.

RPD. und Reaktion.

Elberfeld, den 7. Juni (Fig. Drahtbericht.) Am Sonntag, den 28. Mai, hat in Obermarklohe eine Versammlung von Delegierten (Unterbezirk) der RPD. stattgefunden. In dieser Versammlung hat der Leiter der Zentralstelle der RPD. erklärt, daß die Franzosen mehrfach an die Partei mit folgendem Vorschlag herantreten seien: „Die jetzige deutsche Regierung ist ein Schaden für das deutsche Volk und muß gestürzt werden. Deutschland kann nur gefunden, wenn eine Arbeiterregierung besteht, und um diese zu erreichen, seien die Franzosen bereit, den Kommunisten Waffen zur Verfügung zu stellen.“ Das Angebot sei von der RPD. abgelehnt worden.

„Lauraggen.“ Wenn selbst der Raurenbrecher der „Hohenzollern-legenden“ die Bewegung von 1812/13 als eine der großartigsten bezeichnet, die die deutsche Geschichte kennt, so ist es zu verstehen, wenn ein Schriftsteller wie Maximilian Böttcher sich den dankbaren dramatischen Stoff, den der oben in Ostpreußen zwischen Franzosen und Russen eingeklemmte preußische Feldherr Graf York bietet, nicht entgehen ließ. Das Stück „Lauraggen“ genannt, erlebte im Theater in der Kommandantenstraße seine Neuaufführung, nachdem es in der Volksbühne bereits 1918 unter der Sommerdirektion Stodolski wiederholt aufgeführt war. Die alte preußische Armee erland wieder, und der Personenzettel kloß von den erlauchtesten Namen über. Es ist natürlich ein Offiziersstück, aber die Geschichte läßt sich nun mal nicht verewaltigen, und so kommt es zum Schluß, daß das Volk selbst, allerdings noch vertreten durch Kaufmann, Förster, Quisbeiser, Richter und Professor, dem zwischen Pflicht gegen den König und Hof gegen die Franzosen hin und her schwankenden York die Entscheidung aufzwingt: Mühen der Russen gegen die Franzosen! Wer möchte daran zweifeln, daß sich hier Parallelen ergeben zu heute und von dem Publikum sofort gezogen werden? Keils' Wort knallt in den Dialog hinein: „Schlagt sie tot! Das Weltgericht frant euch nach den Gründen nicht“ und wird von den Studenten auf der Galerie mit valentem Beifall quittiert. Von handlung kann natürlich nicht viel die Rede sein, da dem fortgeschrittenen Ansturm der Offiziere keine Gegenpieler erwachsen. Im Mittelpunkt allen Geschehens steht von der ersten bis zur letzten Szene York, dem Ferdinand Gregori mit den Mitteln seiner vornehmen großen Kunst zu packender und überzeugender Gestaltung verhalf. Hier wächst einem im Bühnenrahmen die Persönlichkeit eines alten preußischen Junkers und Haudegens lebensecht entgegen. Sehr sympathisch neben ihm der junge Horst Hegewald des Otto Braml. Unmöglich aber von den übrigen zwei Duzend Figuren, die im Grunde nur Füllis für den alten York bilden, einen zu nennen. Es standen gut gewachsene Menschen auf der Bühne, die sich in ihren Uniformen und ihren kraftvollen Worten offenbar sehr wohl fühlten. Das Zusammenpiel unter der Regie Friedrich Hobes wie auch der Gesamteindruck waren gar nicht übel. Böttcher, von dem schon vor Jahren ein soziales Drama „Schlagende Wetter“ aufgeführt wurde, hat eine geschickte Hand in dem Aufbau dramatisch bewegter, spannender Szenen. Seine Sprache ist glücklicherweise nicht völkisch-pathetisch. Trotdem wurde die Aufführung von einem Teil des Publikums zu nationalsozialistischen Kundgebungen benutzt. Was für eine Sorte Publikum das war, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß die „Deutsche Zeitung“ für das Stück schäbste Propaganda gemacht und zum Vernein von Karten zu ermäßigten Preisen eingeladen hatte — ein Verfahren, gegen das der Verfasser Maximilian Böttcher in einem an uns gerichteten Schreiben energischen Einspruch erhebt.

Moderne Baukunst. Der Erbauer des Einsteinturms bei Potsdam, Dipl.-Ing. Erich Mendelsohn, hielt im Kunstgewerbemuseum auf Einladung des Bundes deutscher Architekten einen Vortragsabend über seine Arbeiten und Entwürfe, die, nicht lange vor Kriensausbruch beginnend, einen Zeitraum von zirka zehn Jahren umfassen. Mendelsohn steht durchaus auf modernem Boden, seine Bauformen entspringen dem inneren Drang, den Willen unserer Zeit zu ermitteln und festzulegen, wie er sagt. Nicht am Reißbrett

Der Kampf um die Mark.

In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes wurde zunächst die Frage der Golddeckung weiterberaten. Auf die Frage, ob der Devisenbestand der Wirtschaft größer war als heute, erwiderte der Reichsbankpräsident, daß sich das heute nicht genau feststellen lasse.

Zum Schluß der Sitzung fragte Genosse Dery, ob der Reichsbank bekannt sei, daß

Firmen große Devisenbestände nach dem Zusammenbruch der Stützungsaktion angehäuft

haben, um sie beim Hochstand der Kurse wieder zu verkaufen. Die Sachverständigen der Reichsbank, Gobenstein und Kaufmann, verneinten das; Geheimrat Friedrich, der ebenfalls Mitglied des Reichsbankdirektoriums ist, erklärte, es läwebe wohl ein Fall, aber es handle sich hier nur um geringe Bestände. Genosse Dery erwiderte, seine Frage beziehe sich auf ein Großunternehmen und auf sehr erhebliche Devisenbeträge. Die Frage des Genossen Dery blieb unbeantwortet. Am Freitag wird öffentlich weiterberaten.

Zum Münchener Hochverratsprozeß.

Der Hochverratsprozeß gegen den Kunstfachverständigen und Vertrauten Rupprechts von Wittelsbach, Professor Fuhs, (über die gestrigen Verhandlungen berichten wir in der Beilage), entrollt ein Bild von dem Treiben der Deutschvölkischen, das für die gesamte Bewegung moralisch vernichtend ist. Noch mehr als die Angeklagten sind die Kläger diejenigen, über die zu Gericht gefessen wird. Geldgier, Ungeburtum, Egoismus und Strupellosigkeit, das sind die Haupttugenden dieser „Vaterländischen“, die sich dazu berufen fühlen, ihre Volksgenossen aus dem „Sumpf“ herauszuführen. Der Führer des „Blücherbundes“ nimmt die Franzosengelder eines Nachhause und Fruchs, um dann ihre Geldgeber ans Messer zu liefern. Die große Beuchte der bayerischen Völkischen, Privatdozent Dr. Ruge, der den Organisationsplan für den Geheimbund lieferte, beginnt seine Tätigkeit damit, daß er sich für über eine Million Devisen (darunter französisches Geld) sozusagen als Generalsold aushändigen läßt. Der Privatsekretär Ruges, Student Baur, wird eines Tages ermordet aufgefunden. Der deutschvölkische Führer des „Blücherbundes“, Schäfer, der die Fruchs und Nachhause bespitzelte, läßt auch den Mitgründer des Bundes, Ruge, überwaschen. Ruge selbst beschließt, eine Mördergemeinschaft zu gründen, die die Aufgabe haben soll, „schädliche“ Politiker und unbecueme Parteifreunde zu beseitigen. Dr. Heim soll erdolcht werden. Den besonders rabiaten und völkisch-sanatischen Redakteur des „Völkischen Beobachter“, Eckardt, will er selbst aus der Welt schaffen.

Man fühlt sich nicht in einen Gerichtssaal, sondern in ein Irrenhaus versetzt. Noch mehr als während des Rathenau-Prozesses hat man bei diesen Leuten das Empfinden der geistigen und sittlichen Minderwertigkeit. Und das ist das Tröstliche, daß diese Minderwertigkeit nicht nur für einzelne Mitglieder der Bewegung, sondern für die Bewegung selbst gilt. Sie laßt die Kreise, die mit ihr sympathisieren, immer tiefer in das Verbrechen hinein, und die Regierung, die ihr tatenslos zusieht, macht sich selbst eines Verbrechens schuldig, das sich eines Tages bitter rächen muß.

Rosbachs Haftbeschwerde.

Der in Haft befindliche Oberleutnant a. D. Rosbach hat beim Oberreichsanwalt gegen seine Unterwerfung Beschwerde erhoben. In der Begründung des Schreibens heißt es. Rosbach habe es bisher abgesehen, etwa in Frage kommende Reichsfeinden durch seine Aussage zu kompromittieren, da er erwartete, daß er nach den nunmehr erfolgten Feststellungen auf freien Fuß gesetzt werde. Da er sich in dieser Annahme getäuscht sehe, beantrage er die Vernehmung des Generals v. Seeck unter gleichzeitiger Gegenüberstellung General Sudendorffs. Der Oberreichsanwalt hat zu diesen beiden Anträgen noch nicht Stellung genommen.

und nicht mit Ölmal und Winkelmaß schafft er, die Einfälle kommen ihm bezeichnenderweise am leichtesten beim Anhören von Musik; aber auch die Formationen der Natur, das bewegte Auf und Ab der Dünenbildung auf der Kurischen Nehrung sind ihm Anreiz und Antrieb, und die erste skizzenhafte Niederschrift seiner architektonischen Reaktionen auf diese Anreize ergeben oft reizvolle graphische Kunstwerke. — Mendelsohns Arbeiten der Frühzeit betonen ausschließlich und stark die Konstruktion, weshalb auch das Eisen am liebsten als Baumaterial verwendet wird; so entstehen die Entwürfe zu einem Zentralbahnhof, einem Getreidespeicher, einer Maschinenhalle. Ueberall ist das Material in sich logisch verbunden, ohne Anseh, ohne Sprung, eine zusammenhängende Umrißlinie umgibt das Ganze. Diese ungeborene Umrißlinie, oft wie ein Ton an- und abschwellig, bald vorkürmend, bald zurückweichend, doch nie abgehackt, abgebrochen, abgeknitten, zerhackt, ist das Hauptmerkmal der Mendelsohnschen Arbeiten. In der darauffolgenden Periode wird das anfängliche rein konstruktive Skelett verlassen, die architektonische Form beginnt sich zu runden, sinnlicher zu werden, „fleisch anzusehen“ und das gefügige Instrument des modernen Architekten, der Beton, tritt in seine Rechte. Es entstehen die Entwürfe zu einem Volkshaus, einer Fabrik, einem Geschäftshaus, einem Haus der Freundschaft und dann das Gebäude zur experimentellen Erforschung der Einsteinschen Theorien, der gelbe Bau in der Nähe der Potsdamer Sternwarte, der Einstein-Turm. Uns besser noch erreichbar als dieser ist eine noch im Bau befindliche Arbeit Mendelsohns, die Aufstockung des Rolfe-Hauses. Hier gab es die schwierige Frage zu lösen, was mit dem alten vorhandenen Haus gemacht werden sollte, da ein Umbauen oder gar Abreißen aus pekuniären, ein Fortführen oder Anpassen aus ästhetischen Gründen nicht möglich war. Mendelsohn ging nun folgendermaßen vor: Er machte einen dicken Strich nicht durch, sondern über die Bergangeneheit; er ließ den alten Bau unverändert stehen, trennte ihn aber durch ein starkes Gefsim von dem auf ihm sich erhebenden Neubau. Man kann auf die Lösung dieser kniffligen Aufgabe, die sich erst bei Fertigstellung des Baumerks beurteilen läßt, gespannt sein. — Auch in Wohnbauten hat sich Mendelsohn verlußt und hierbei auch die Innenausstattung übernommen. Da die Möbel dieser auf speziellen Auftrag erbauten Eigenheime so wohl mehr als Immobilien betrachtet werden konnten, hatten sie sich auch dem architektonischen Charakter, der Flächen- und Linienführung des Raumes anzupassen. Man fühlt sich bei diesen Innenausstattungen übrigens an die ersten Möbelgeschöpfungen des Belgiers van de Velde, wie sie vor zirka dreißig Jahren in Deutschland entstanden, erinnert. Hier gibt es keinen spielerischen, angepöppelten Stierat, etwaiger Schmuck ist nicht aufgelegt, sondern aus dem Material selbst herausgeholt; meist aber wird auch dieses vermieden, die bewegte auf- und ab-schwelligende Fläche und Linie sind Leben und Reiz genug. — Die Ausführung eines erstaunlichen, interessanten Projekts wird die nächste große Arbeit Mendelsohns bilden: der Bau eines Kraftwerks in Paläna mit Hofenanlagen, Cafes, Bureauhäusern, Verkaufshäusern usw. Das Wte, was gut erscheint, diebt dabei bestehen, aber sonst müssen sich selbst der Jordan und die Palmen in den Dienst moderner Technik, moderner Baukunst, modernen Stilwesens stellen.

Brüsseler Nachklänge.

London, 7. Juni (W.B.) In einem Beitrage schreibt „Times“, die gestern in Brüssel abgehaltene Konferenz könne sich als ein Wendepunkt erweisen. Belgien sei der Ruhrbefehung etwas müde und würde gern auf seinen Anteil daran verzichten. Das praktische Ergebnis der Zusammenkunft könne eine Annäherung der französischen Haltung an die belgische sein, die ihrerseits wieder der englischen viel näher stehe. Belgien sei ebenso wie Großbritannien nicht bereit, unbestimmte Zeit auf Ergebnisse zu warten und habe ebenso wie Bonar Law seinerzeit einen endgültigen Plan für die Regelung der Reparationsfrage entworfen. Belgien könne die Aufgabe haben, eine entscheidendere Rolle bei der Lösung der Frage zu spielen, als bisher wahrscheinlich gewesen sei. Belgien wüßte aus einem ganz besonderen Grunde, daß ein vollkommenes Einverständnis zwischen Frankreich und Großbritannien herrsche. Davon und von nichts anderem hänge die Sicherheit Belgiens ab.

„Temps“ fordert Einstellung des Widerstandes.

Paris, 7. Juni. (Eca.) In seinem Beitrage beschäftigt sich der „Temps“ mit dem Ergebnis der gestrigen Brüsseler Konferenz. Die Ruhrproblematik, meint das Blatt, werde ihre „bellum-folgen“ erst wirklich ergeben, wenn ihre Entwicklung ohne Unterbrechung vor sich gehe. Die deutsche Regierung habe erst jetzt ihre neuen Vorschläge gemacht, weil es ihr einerseits an Einheitsfront und Autorität fehle, und weil sie andererseits mit einer Ministerkrise in Frankreich gerechnet (?) habe. Belgien und Frankreich hätten durch ihre gestrigen Entschlüsse, in dem Wünsche, Deutschland möge annehmbare Angebote machen, der deutschen Regierung zwei Bedingungen vorgeschlagen, die sie erfüllen müßte. Die erste sei als Vorbedingung für jedes Abkommen zu betrachten, nämlich daß die Räumung des Ruhrgebietes erst nach Zahlung der Reparationen erfolgen könne, die andere als Vorbedingung für jede Verhandlung: Deutschland müsse vor jeder Prüfung seiner Vorschläge den passiven Widerstand einstellen. Zu dieser letzteren Entscheidung stellt der „Temps“ die Frage: Wo sind die angeblichen Meinungsverschiedenheiten, die man zwischen Paris und Brüssel festzustellen glaubte? Die Tatsache sei ebenso befriedigend wie bedeutend, daß Frankreich und Belgien die neuen deutschen Vorschläge nicht prüfen werden, wenn Deutschland nicht damit beginnt, mit seinem passiven Widerstand aufzuhören. Heute die deutsche Regierung vorhergesehen, fragt der „Temps“ ironisch, daß das Kommissariat von Brüssel ihm eine derartige Mitteilung machen würde? Wenn die deutsche Regierung es gewagt hat, dann könnte sie sich wohl keinen Illusionen hingeben über das Schicksal einer deutschen Note, die nicht eine Mitteilung über das Ende des passiven Widerstandes enthält. Wenn sie es aber nicht vorhergesehen hat, dann liest sie die Zeitungen schlecht.

Der „Temps“ polemisiert dann gegen englische Pressestimmen, die der Meinung Ausdruck gaben, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, dem spontan ausgebrochenen Widerstand der Bevölkerung Einhalt zu gebieten. Diesen Leute im Ruhrgebiet, die tatsächlich aus dem Gefühl einer vaterländischen Pflicht heraus Widerstand leisteten, vergaßen, daß sie nur einen Teil ihrer Pflicht erfüllten, denn Deutschland habe die Verpflichtung übernommen, die Reparationen zu bezahlen. Außerdem ständen diese Bewohner des Ruhrgebietes unter dem Einfluß ihrer Regierung, ihrer Parteien und ihrer Zeitungen. Der Rest der Bevölkerung, schreibt der „Temps“ weiter, betrachte den passiven Widerstand als eine Geldangelegenheit. So verhalte es sich beispielsweise bei vielen Industriellen des Ruhrgebietes und des Rheinlandes. Die Maßnahmen, die die deutsche Regierung im Ruhrgebiet getroffen habe, hätten lediglich ihren geschäftlichen Interessen gedient. Die Einstellung des passiven Widerstandes, meint der „Temps“, könne dem Reparationsproblem nur dienen und zur Besserung des Marktes beitragen, was für die englischen Produzenten von Vorteil sei. Wenn Frankreich und Belgien verlangten, daß Deutschland die Aufwendungen für das Ruhrgebiet einstelle, dann arbeite es gleichzeitig auch für England.

Der luxemburgische Geschäftsträger in Berlin, Dr. J. P. Rirsch, ist hier gestorben.

Finlands Protest. Eine von 75 000 Bürgern aus ganz Finnland unterschriebene und sehr prächtig ausgeschmückte Protestadresse gegen den französisch-belgischen Ruhr-einbruch ist der Deutschen Gesandtschaft in Helsinki am 20. April d. J. überreicht worden und zurzeit in der Hand-schriftenabteilung der Breussischen Staatsbibliothek (Unter den Linden 88) täglich von 9 bis 3 Uhr zur Besichtigung ausgestellt. Die Adresse besteht in einem schönen Lederbande, dessen erste Seite in Zierbuchstaben die Inschrift trägt: „An das deutsche Volk“. Die in farbigen Lettern ausgeführte Rundgebung hat folgenden Wortlaut: „Seit Jahrhunderten war es unsern Volk vergönnt, die Früchte deutscher Geistesarbeit zu genießen, und deutsche Waffen hielten unsere Freiheit erringen. Jetzt, wo Deutschland und seine Kultur vom Untergang bedroht sind, können wir Finnländer nicht stillschweigend die Gewalt mit ansehen, die gegen ein wehrloses Volk verübt wird, sondern wollen unserer tiefen Mißbilligung dagegen Ausdruck geben. Möge diese Rundgebung zugleich als Beweis des warmen Mitleids dienen, mit dem in Finnland das zähe Ringen des deutschen Volkes um sein Dasein verfolgt wird.“ Die Unterschriften zeigen eine Reihe von Namen hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Finnland. Die sich hier ausdrückende freundschaftliche Gesinnung wird gewiß jeden Deutschen in unserer dunklen Zeit besonders erfreulich berühren, zumal das finnische Volk bereits zur Linderung deutscher Not opferfreudig beitrug.

Professor Oswald, der Lehrer der Physik an der Universität Heidelberg, gebürtiger Ungar und deutschösterreichischer Antisemit, gegen den wegen der Vorgänge im Heidelberger Physikalisches Institut am Tage der Rathenau-Rundgebung (27. Juni v. J.) ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, hat seine Entlassung aus dem badischen Staatsdienst erbeten. Er liehe hin in Frieden, es gibt ja auch noch bayerische Universitäten!

Die Junikäste. Das vorwiegend trübe und regnerische, ungewöhnlich kühle Wetter dauert in allen Teilen Mitteleuropas unverändert fort. Infolge der vorherrschenden Nordwestwinde sind die Temperaturen sogar noch weiter gesunken, was nicht wunder nimmt, wenn man hört, daß in Standorten innerhalb weite Gebiete noch völliger Winter herrscht. So sind in ganz Nord- und Mittelnorwegen bedeutende Schneefälle vorgekommen, während die Temperaturen bis zu 3 Grad unter Null lagen. Auch im europäischen Südosten, wo kürzlich schon sehr große Hitze herrschte, ist es wesentlich kühler geworden; allein in einem Teil Unteritaliens herrscht zurzeit heißes Sommerwetter. Die gleiche Wetterlage wie gegenwärtig herrschte in der ersten Juniwoche 1914; sie ist im Juni überhaupt bei weitem am häufigsten.

Die Arbeiter-Rundbrennvereinigung veranstaltet vom 5. bis 22. Juli eine Schulungsausschreibung.

Die Truppe hat ab Herbst d. J. Herrn Rudolf Ferkel vom Staatstheater verpflichtet.

Die Deutsche Gesandtschaft für Politik veranstaltet vom 10. bis 16. Juni einen Reichstag in Düsseldorf. An den Vorlesungen sind Frau v. Obernd. Professor Dr. Schneider, Professor Dr. Balthasar, Prof. Dr. Korth, Dr. Schneider, Alfred Loß, Professor Dr. Kühmann und Reichsgerichtspräsident Dr. Simons beteiligt.

Volkstnot / Volksforderungen.

Die sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Schon der erste Tag der Beratung unserer Interpellation hat gezeigt, daß die Reichsregierung die furchtbaren Gefahren der Lage nicht klar erkennt. Das beweisen die drei Ministerreden, die der eindrucksvollen und nachdrücklichen Begründung der Interpellation durch Genossen Aufhäuser folgten. Arbeitsminister Dr. Brauns, ein geistlicher Zentrums-mann, beschränkte sich mit kluger Vorsicht auf eine Aufzählung dessen, was in seinem Ressort schon geschehen sei und in wenigen Tagen noch geschehe, um die Renten aller Art der Geldentwertung anzugleichen. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker spricht als Minister nicht anders wie früher als Vertreter des Großkapitals in den Steuer-ausschüssen. Warum soll man sich auf der Suche nach Auswegen aus der furchtbaren Lage allzu viel Sorgen machen? Für Herrn Becker ist der Versaillesvertrag und seine Auswirkung die beinahe alleinige Ursache unserer Not, und damit gibt er sich zufrieden. Er wird aber erleben, daß mit dem Hinweis auf den Versaillesvertrag, so sehr dieses Dokument mit Schuld an unserem Elend trägt, niemand zufriedengestellt werden kann. Nicht nur Versailles und nicht nur die Diktate der Entente, sondern in sehr großem Maße auch die Selbstsucht des deutschen Volkes haben uns in das Elend hineingesteuert, und wir fordern von einer Regierung, die auf diese Bezeichnung überhaupt Anspruch macht, daß sie in dieser Schicksalsnot des Landes und des Volkes zu ganz anderen Maßnahmen greift, als sie die drei Minister heute angekündigt haben.

In der heute, Freitag, beginnenden Besprechung der Interpellation ist Genosse Robert Schmidt unser Redner.

In der Reichstagsitzung am gestrigen Donnerstag wurde zunächst die große Anfrage der Sozialdemokraten über die Regierungsmaßnahmen zum Ausgleich der Geldentwertung be-gründet, und zwar durch den

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Die rechtsradikale Presse, unter Vorantritt der völksparteilichen „Zeit“ hat anfänglich der Einbringung dieser Interpellation von einem Sturmhauf der Sozialdemokraten gegen die Regierung gesprochen und behauptet, der Sozialdemokratie komme es in der jetzigen Zeit der Not lieblich darauf an, ihr Agitationsbedürfnis zu befriedigen. Diese Tatsache kennzeichnet allein schon die sogenannte Einheits-front. Man erblickt ein Verbrechen bereits in dem Versuch, die Ursachen der Wirtschaftsanarchie zu beleuchten! Die Interpellation wurde eingebracht nicht um einem Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratie zu genügen, sondern um eine Entspannung der außer-ordentlich schwierigen Lage herbeizuführen. Gewiß tragen die Franzosen schwere Schuld an unserer wirtschaftlichen Not, aber darüber dürfen nicht diejenigen vergessen werden,

Die in Deutschland selbst ein lebhaftes Interesse an der Marktentwertung haben

und die Wirtschaft zum Tummelplatz ihrer unbegrenzten Profitlust machen. Es sind nicht nur Einzelpersonen, sondern bestimmte Teile des deutschen Volkes, die die Notlage ausnützen. Mit diesen Feinden, die im Lande hocken und das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben, muß endlich und gründlich abgerechnet werden. (Beifall links.) Die deutsche Arbeiterschaft ist zu be-fonnen, als daß sie daran glauben könnte, die jetzige Krise durch Butische zu lösen. Die Arbeiter und Angestellten haben das Gefühl, keinen Boden mehr unter den Füßen zu haben. (Sehr richtig! links.) Das ist das Schlimmste an der heutigen Lage. Diejenigen, die die Entwertung der Mark für ihre Privatverdienste ausnützen, haben seit dem Kriege keine Produktionspolitik getrieben, sondern lediglich Privatinteressen verfolgt. Die Großindustrie knüpfte bereits ihr erstes Angebot vom Jahre 1921 an eine Reihe von Bedingungen und glaubt auch jetzt ihren „Opferstern“ in derselben Weise be-tunden zu müssen. Man hat, es müßte mehr gearbeitet werden. (Stürmische Zustimmung rechts.) Alle diejenigen, die nach mehr Arbeit rufen, sollen doch einmal zusehen, wie viel tatsächlich mehr gearbeitet wird! Wenn wir trotz der gesteigerten Ausfuhr — dem besten Zeichen für die gesteigerte Produktivität — ein Sinken der Mark erleben, so liegt das daran, daß

der Ertrag der Mehrarbeit im Ausland geblieben

ist. In ausländischen Banken sind die Devisen der deutschen Kapitalisten aufgehäuft. (Widerspruch rechts.) Beweise für diese Behauptungen können Sie in allen amerikanischen und englischen Banken finden. Die einzigen, die bei uns in Deutschland ent-eignet sind, sind die Lohn- und Gehaltsempfänger, während die Besitzenden in einer ganz unverhältnismäßigen Art gespart werden. Die Stützungsaktion hat nur den Großindustriellen die Vorteile gebracht und die Reichsbank einen guten Teil ihres Goldbestandes verlor. Das ist die Folge der Tatsache, daß man die Stützungsaktion unternahm, ohne zugleich ernsthaft an die Sanierung der Reichsfinanzen zu gehen. Der Verlust der Reichsbank an Gold hat zur Folge, daß der Dollar heute wieder auf 80 000 geklettert ist. Der Reichsbankpräsident hat selbst an-erkennen müssen, daß Werttreiberien mit Devisen in den besipenden Kreisen vorgekommen sind. An dieser Tatsache ändert auch nichts die abschwächende Erklärung, die Herr Havenstein im Balita-ausschuß des Reichstages abgegeben hat und über die die Äußerungen in der Budgetkommission (Börse, Red.) recht herzhof gelacht haben werden. Wenn man aber der Meinung ist, daß einzelne Leute zum Schaden der Allgemeinheit mit Devisen spekuliert haben, dann muß man auch den Mut haben, sie an den Pranger zu stellen. Wir sind der Meinung, daß ein Mann wie

Havenstein wirklich nicht der geeignete Träger der Stützungsaktion für die Mark ist. Es gibt heute im Reich nur noch drei Stellen, die nach Papiermark rechnen: die Steuerbehörden, die Lohn- und Gehaltsempfänger und die Reichsbank. Durch diese Papier-markrechnung der Reichsbank auch bei der Kreditgewährung ist es möglich, daß bei der Spekulation mit Dollars in kürzester Zeit Milliardengewinne gemacht werden. (Widerspruch rechts.) Die Ausläufer, die die Reichsbank über alle diese Dinge im Unter-suchungsausschuß gegeben hat, sind völlig ungenügend. Dringend notwendig scheint uns eine Kontrolle der Sinnen-sachen Anlagen im Ausland, zum Beispiel der „Hugo-Stinnes-Linie“ in der Seefahrt und all der industriellen

Beteiligungen von Sinnen

in fast allen Industriezweigen. Ueber unsere Steuerpolitik, die wir jetzt zur Zeit der Ruhrbefehung betreiben, ist zu sagen, daß sie die-selbe ist, die Herr Heffersich im Kriege gemacht hat. Der Geselentwurf über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung ist in Verbindung mit den Bewertungsvorschriften aerodezu eine Prämie auf die Steuerdrückberei der des Volkes. (Sehr richtig! links.) Man kann auch nicht behaupten, daß auf Grund dieses Gesetzes die Steuern schneller eingegangen sind. Das Garantie-Angebot der Industrie ist an eine Reihe schwerer Be-dingungen und Voraussetzungen geknüpft. Der Wegfall der Aus-fuhrabgabe würde für die Industrie einen Gewinn bedeuten, größer als die angebotene Garantiesumme! Dasselbe gilt von der so viel-gerühmten Opferbereitschaft der Landwirtschaft. Wir fordern, daß das Reich automatisch an den Industriegewinnen beteiligt wird. Ferner ist eine Befreiung der Wirtschaftlichkeit der Steuer-behörden und eine Verringerung des Lohnsteuerbetrages zu verlangen. Die Löhne, Gehälter, Renten und Unterstühtungen müssen der Geld-entwertung angepaßt werden. Als letzterzeit der Dollar durch die Intervention der Reichsbank auf 20 000 gehoben wurde, war der

Reichswirtschaftsminister gleich mit einem Rundschreiben zur Hand, in dem darauf hingewiesen wurde, daß durch Vohnerhöhungen die Stützungsaktion, die Stabilisierung der Mark, gefährdet werden würde. Jetzt, da der Dollar so enorm in die Höhe geklettert ist, wartet man vergeblich auf eine Warnung des Reichswirtschafts-ministers, nun auch die Löhne der Geldentwertung anzupassen. Der Arbeitgeber-Verband verhandelt seit Wochen mit allen Gewerkschaften, kommt aber zu keiner Einigung, weil er sie nicht will, und trotzdem bringt die schwerindustrielle Presse es fertig, von der

Gefahr der Lohntreiber

und von übertriebenen Forderungen der Straße zu reden! Wir verlangen, daß die Reichsregierung uns sagt, mit welchen Maßnahmen sie die Löhne an die Teuerung anpassen will. Die Arbeiter-schaft wird sich nicht durch unlaute Elemente zu unbesonnenen Handlungen verleiten lassen, die Regierung aber muß dafür sorgen, daß die Hungergrenze nicht überschritten wird. Es muß hier im Parlament für das notleidende Volk gefordert werden, ehe die Mobilisation der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments weitere Fortschritte macht. Das Gebot der Stunde ist gemein-wirtschaftliches Denken und sozialistisches Handeln. (Beifall links bei den Sozialdemokraten.)

Als erster Regierungsvertreter antwortet

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Regierung hat eine der Teuerung angepaßte Erhöhung der Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschä-digten und Hinterbliebenen, der Wochenhilfe und der Unfallrente vorbereitet. Auch in der Knappheitsversicherung sind ähnliche Maß-nahmen im Gange. Die Erwerbslosenunterstützung soll unverzüglich der Preisentwicklung angepaßt werden. Die Erhöhung soll rückwirkende Kraft bis zum 4. Juni haben. Besondere Auf-merksamkeit widmen wir einer angemessenen

Entschädigung für die Kurzarbeiter.

Zur Schaffung neuer Arbeit haben wir das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge wesentlich ausgebaut, be-sonders im besetzten Gebiet. Die Vorschläge für die Wohnungsbaubehabe sind beträchtlich erhöht worden. Als die neue Markentwertung sich zeigte, zog das Arbeitsministerium daraus die ent-sprechenden lohnpolitischen Folgerungen. Tatsächlich sind auch in den großen Industrien Lohnenerhöhungen um 67 Proz. und mehr ein-getreten und die Erhöhungen sind damit noch nicht abgeschlossen. Im Bergbau werden am nächsten Montag neue Verhandlungen beginnen. Die

Bedenken gegen eine automatische Lohnregelung oder die Einführung von Goldlöhnen

sind nicht entkräftet. Der Goldlohn bietet keinen Schutz gegen die weitere Verminderung des Reallohnos. Im Einverständnis mit dem Wirtschaftsministerium bemühen wir uns, einen Maßstab zu finden, der die Verminderung der Kaufkraft möglichst schnell und richtig erfaßt und den wir bei künftigen Lohnverhandlungen zu-grunde legen können. Im laufenden Monat werden wir angefaßt der sprunghaften Preisentwicklung über den Reichsindex hinaus-gehen, dessen Mängel uns bekannt sind.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Die von der Regierung schon bei der Verabschiedung des Steuer-anpassungsgesetzes gegen einzelne Reichstagsbeschlüsse erhobenen Be-denken haben sich als richtig erwiesen. Wir können aber im Laufe dieses Jahres die Vorschriften nicht ändern, weil sonst das schon sehr verzögerte Veranlagungsgeschäft ganz in Unordnung kommen würde. Bis zum 6. Juni sind 224 Milliarden Zwanosanleihe ein-gegangen. Die Vorschuhzahlungen auf Einkommen- und Ver-mögenssteuer müssen der Geldentwertung entsprechend wesentlich erhöht werden. Der demnächst zur Beratung kommende Antrag Marx will die Vorauszahlung für die Einkommensteuer zum 15. August und November auf den zehnfachen Betrag der Steuer von 1922 festsetzen. Wir werden aber voraussichtlich auf den zwanzigfachen Betrag kommen müssen. Wir arbeiten daran, die

Beststeuern möglichst der Geldentwertung anzupassen.

Ganz wird uns das nie gelingen. Wir werden auch um eine beträchtliche Steigerung der Verbrauchssteuern nicht herumkommen. Vor allem muß aber dahin gewirkt werden, daß die im Ausland bestehenden unbegründeten Vorurteile gegen unsere Steuer- und Finanzpolitik nicht weitere Nahrung erhalten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:

Die Hauptursache für die Verelendung Deutschlands ist das Versailles Friedensdiktat und nicht die Devisenspekulation. (Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Es ist richtig, daß die Löhne nicht den Preisen im gleichen Tempo folgten. Die Sachver-ständigen im Untersuchungsausschuß haben den im Inland und Aus-land angelegten deutschen Devisenbesitz sehr gering eingeschätzt. Diesen Sachverständigen glaube ich mehr als dem Abg. Aufhäuser. Selbst wenn durch die Verschlebung solcher Gelder ins Ausland dem deutschen Steuerfiskus Mittel verloren gehen, dann schäme ich den der deutschen Wirtschaft daraus entstehenden Verdienst viel höher ein. (Beifall Unruhe und Rufe bei den Soz.: „Sie setzen ja zum Schieben an!“ — „Schieberminister!“) Wirtschaftliche Fragen sollte man doch wirklich und nicht politisch be-handeln. Bei dem Ueberschuß der Einfuhr über Ausfuhr ist die

Entwertung unserer Mark eine natürliche Erscheinung.

(Große Unruhe bei den Soz.) Wir wollen aber nicht die Hände in den Schoß legen. Wir haben die alte Devisenverordnung wesent-lich verschärft und die Konzessionspflicht für Wechselstuben ein-geführt. Mit der Einführung eines Einheitslohnens würde kein Nutzen geschaffen, sondern nur ein große Schädigung des Han-dels erreicht werden. Der Vorschlag einer völligen Zentrali-sierung des Devisenhandels bei der Reichsbank würde in Deutschland nicht durchführbar sein. Wir werden die neuen Vor-schriften der Devisenverordnung scharf durchführen, aber solange der Einfuhr-Ueberschuß nicht aufhört, können wir das Uebel nicht be-zeitigen. Die Arbeiterlöhne müssen in die Höhe gebracht werden, dem Mittelstand muß geholfen werden. Erst wenn wir frei von Reparationslasten unsere Produkte auf dem Weltmarkt ab-setzen können, ist eine Gründung unserer Währung möglich.

Auf Antrag des Abg. Müller-Franken (Soz.) wird die Be-sprechung der Interpellation beschloffen; sie wird auf heute, Freitag, 2 Uhr nachmittags verlegt. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Thüringer Krise.

Weimar, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wegen der bestehen-den Regierungsschwierigkeiten in Thüringen haben am Mittwoch, den 6. Juni, abermals Verhandlungen zwischen der SPD. und KPD. stattgefunden, die ergebnislos verlaufen sind. Die KPD. verlangte die vollständige Unterwerfung der SPD. unter die kommunistischen Bedingungen. Der Versuch der SPD., trotz der Gegenstände die KPD. zu veranlassen, auf dem Gebiet der allgemeinen Arbeiterpolitik die Regierung zu unterstützen, wurde scharf abge-lehnt. In einer Erklärung, die die KPD. abgab und die von ihr vor Beginn der Verhandlung niedergeschrieben und vervielfältigt war, verlangte sie den Rücktritt der Regierung. Demgegenüber erklärten unsere Genossen, daß sie die bisherige Politik fort-führen und er-warten, daß die KPD. nicht Arbeiterinteressen, die durch die sozialistische Minderheitsregierung in Thüringen verfolgt werden, aufgibt, sondern kräftig weiter unterstützt und fördert.

Gewerkschaftsbewegung

Um wertbeständige Arbeitseinkommen.

Die Frage der Einführung wertbeständiger Löhne und Gehälter, die im Leitartikel der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom Mittwoch eingehend begründet wurde, hat dieses schon lange diskutierte Problem endlich in Fluß gebracht. Es ist bemerkenswert, daß selbst die bürgerliche Presse sich nicht direkt ablehnend verhält, ja teilweise dem Gedanken der Einführung wertbeständiger Arbeitseinkommen, wenn auch unter Vorbehalt, zustimmt. Allerdings passiert ihr dabei das Mißgeschick, daß sie diese wertbeständigen Arbeitseinkommen bald mit Indexlöhnen, bald mit Goldlöhnen verwechselt. Auch der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der in der gestrigen Reichstagsitzung sich zu dieser Frage geäußert hat, ist diesem Mißverständnis verfallen. Er sprach gegen die Goldlöhne, die im „Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften“ von seinem Parteigenossen Baikusch verfochten worden sind. Andererseits betonte aber auch der Reichsarbeitsminister die Notwendigkeit der Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preise.

Wenn hier von wertbeständigen Arbeitseinkommen gesprochen worden ist, so war damit nichts anderes gemeint. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich dabei weder um Indexlöhne noch um Goldlöhne handelt, sondern daß zur Grundlage genommen werden soll der Durchschnitt der Leveragezahlen, des Goldzollaufgeldes und des Dollarstandes.

Indexlöhne sind aus den bereits angeführten Gründen abzulehnen. Es kommt aber noch ein anderer wesentlicher Grund hinzu. Der Index wird festgestellt auf Grund der Leveragezahlen der Lebenshaltungskosten. In diesen Lebenshaltungskosten sind u. a. auch die Mieten einbezogen. Nun sind die Mieten bekanntlich durch die bestehende Zwangswirtschaft im Wohnungswesen künstlich niedrig gehalten. Indexlöhne würden also bedeuten, daß die gesamte Ersparnis, die durch die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen gemacht wird, den Unternehmern, darunter besonders den Schwerindustriellen, zugute käme, der Staat, also das gesamte Volk, aber allein die Lasten zu tragen hätte.

Durch den Preiswucher der Baustoffindustrie ist das gesamte Baugewerbe ebenso gefährdet wie unsere Wohnungswirtschaft überhaupt. Dieser Preiswucher muß unterbunden werden. Es muß aber auch verhindert werden, daß die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen dazu dient, den Lebergewinnern neue Lebergewinne zuzuführen. Schon aus diesem Grunde, aber nicht weniger aus den bereits angeführten Gründen sind reine Indexlöhne, die sich auf die Leveragezahlen der Lebenshaltungskosten stützen, entschieden abzulehnen.

Die Frage wertbeständiger Arbeitseinkommen ist reif, übereif, praktisch verwirklicht zu werden. Das wird nicht ohne Kampf geschehen können. Man muß erwarten, daß die Unternehmer sich hartnäckig einer solchen Regelung, die schließlich im Interesse der Produktion wie der Produktivität selbst liegt, widersetzen werden. Demzufolge wird sich auch die Reichsregierung widersetzen, denn das Kabinett Cuno tut und unterläßt alles, was die rückwärtigen Unternehmerkreise von ihm in wirtschaftlichen Fragen fordern. Das Reich ist heute der überwiegend größte Unternehmer. Die Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Frage hat also eine eminent praktische Bedeutung.

Wertbeständige Arbeitseinkommen haben in erster Linie den Zweck, die Arbeiterkraft und unser Wirtschaftsleben überhaupt von den zerstörenden Wirkungen der Geldentwertung wie der Kurschwankungen nach Möglichkeit zu schützen; in zweiter Linie die Spekulation zu unterbinden. Heute ist fast das gesamte Unternehmertum, besonders das der Schwerindustrie, an der Geldentwertung direkt interessiert. Steuern, Löhne, Bahn- und Posttarife werden in Papiermark gezahlt. Jede Geldentwertung bringt den Unternehmern riesige Gewinne. Das gleiche trifft auf die Landwirtschaft zu. Dieser Anreiz zur Geldentwertung muß unterbunden werden. Wenn die Arbeiterkraft wertbeständige Löhne fordert, so ist das nicht allein eine Lebensnotwendigkeit für sie, sondern zugleich eine eminent staatsverhaltende Tat.

Vorbereitung zur Neuregelung der Staatsbezüge.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, treten am Sonnabend die Spitzenorganisationen zusammen, um zu einer neuen Gehalts- und Lohnregelung für Reichs- und Staatsbedienstete Stellung zu nehmen. Diese Maßnahme macht sich besonders dadurch notwendig, weil die Reichs- und Staatsbediensteten bisher stets zu spät in den Genuss der bereits festgesetzten Beiträge kamen.

Die Bewegung im Einzelhandel.

Am Mittwoch abend beschäftigten sich die Handelskassensarbeiter in einer überfüllten Mitgliederversammlung mit dem vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruch. Nachdem bereits durch die Funktionäre die Ablehnung des Schiedsspruches erfolgt, hat auch die Mitgliederversammlung denselben einstimmig abgelehnt. In der sehr erregten Diskussion wurde verlangt, den Arbeitgebern ein Ultimatum von 24 Stunden zu stellen, falls die Arbeitgeber keine weiteren Zugeständnisse machen. Von den Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar, welche heute vormittag stattfanden, wird es abhängen, ob es am Montag zu Arbeitseinstellungen kommen wird.

Protest der Lehrer.

Die GDB. (Lehrergewerkschaft im ADB.) nahm in ihrer Mitgliederversammlung am 2. Juni folgende Resolution an:

Die GDB. (Lehrergewerkschaft im ADB.), Berlin, lenkt mit allem Nachdruck die Aufmerksamkeit der gesamten deutschen Beamten- und Lehrerschaft auf die Gefahren, welche durch den erneuten Marktzug und durch die in dem Garantieangebot der Industriellen erkennbaren Absichten eines schrankenlosen Kapitalismus allen den Bevölkerungsschichten drohen, die von Lohn und Gehalt ihr Leben fristen. Angesichts der mit fürchterlicher Schnelligkeit fortschreitenden Vereinerlichung weitester Volksschichten, angesichts des schwersten Widerkampfes gegen den französischen Imperialismus, wagen es die Führer der Großindustrie, dem nach Hilfe rufenden Staate Bedingungen zu stellen, die ihre Herrschaft über den Staat und seine letzten Produktivkräfte und die Abwälzung aller Reparationslasten auf

die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger bedeuten. Ihre unerhörten Forderungen gehen u. a. auf die tatsächliche Beseitigung des Achtstundentages und die Entlassung von zehntausenden von Staats- und Kommunalbeamten hinaus. Die Lehrergewerkschaft im ADB. erwartet, daß der Vorstand des ADB. in enger Fühlungnahme mit dem ADGB. und dem AFK-Bunde sofort eine umfassende Aktion gegen diese Anschläge auf die nackte Existenz auch des Gros der Beamenschaft einleitet, vor allem auch die Beamten selbst zu wuchtigen Protestkundgebungen aufruft.

Beschleunigte Verbindlichkeitsklärung.

Die Beschwerden über die allzu lange Dauer des Verfahrens, betreffend die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen, haben sich in der letzten Zeit wieder vermehrt. Sie kommen von Arbeitnehmer wie von Arbeitgeberseite, indem einerseits die Arbeitnehmer durch die nachträglichen Verbindlichkeitsklärungen erst verspätet in den Genuss bereits entwerteter Bezüge gelangen, und indem andererseits den Arbeitgebern durch die Verzögerung erhebliche Nachzahlungspflichten erwachsen. In einem Falle hat sogar die Verzögerung des Verfahrens schließlich zur Ablehnung des Antrags auf Verbindlichkeitsklärung mit der Begründung geführt, daß die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung inzwischen längst überholt sei und die vorgeschlagenen Nachzahlungen nicht mehr zugemutet werden könnten. Der Minister für Handel und Gewerbe hat deshalb, dem Amtslichen Preussischen Pressedienst zufolge, in einem Erlosch die zuständigen Stellen dringend ersucht, das Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung in jeder Weise und unter Benutzung aller Hilfsmittel, z. B. des Fernsprechers (für die Ladungen, die Einforderung von Akten usw.), zu beschleunigen und Verzögerungen energisch entgegenzutreten, damit die Parteien in möglichst kurzer Frist Klarheit über ihre Rechtsbeziehungen gewinnen und die häufig gerade durch die Dauer des Verfahrens hervorgerufenen Wirtschaftskämpfe vermieden werden.

Neue Buchbinderlöhne.

Die rasenden Preissteigerungen der letzten Tage haben den Buchbinderverband veranlaßt, das mit dem „Api“ am 26. Mai bis zum 18. Juni abgeschlossene Lohnabkommen schon jetzt einer Revision zu unterziehen. Bei dem deshalb am 6. Juni mit dem „Api“ gepflogenen Verhandlungen haben die Unternehmer ab 7. Juni eine allgemeine Zulage von 50 Proz. auf die derzeitigen Löhne zugesagt, so daß der Spigenlohn für verarbeitete Gehilfen in Ortsklasse 1 und 2 nunmehr 8150 bzw. 8056 M. pro Stunde beträgt. Am 14. Juni finden neue Verhandlungen statt. Mit den übrigen Tarifkontrahenten finden in den nächsten Tagen ebenfalls Lohnverhandlungen statt, obwohl der VDA. bisher abgelehnt hat, schon vor dem 18. Juni höhere Löhne zu zahlen.

Streik im Berliner Kohlenhandel.

Vom Deutschen Verkehrsband wird und geschieht: Bei der Firma J. S. Schachzwey, Berlin, Bielefelderstr. 10, ehemaliger Hoflieferant, jetziger Lieferant staatlicher Behörden und Ministerien, sind seit dem 6. Juni die Arbeitnehmer in den Streik getreten. Herr S. ist in dem Glauben, daß bei den heutigen Verhältnissen ein Arbeiter noch mit 86 000 M. Lohn große Ersparnisse machen kann.

Zwischen dem Verband Berliner Kohlenhändler und dem Deutschen Verkehrsband wurde ein Vergleich geschlossen, daß den Arbeitnehmern bis zur Erledigung des Lohnabkommens am 6. resp. 7. Juni ein Vorkauf von 100 000 M. gezahlt wird. Dieses wurde von Herrn S. mit den Worten abgelehnt: „Ich zahle keinen Pfennig“.

Da es jetzt jedem Kunden freigestellt ist, seine Ware dort einzukaufen, wo es ihm paßt, möchten wir noch darauf hinweisen, daß sich Herr S. nicht geniert, die vom Kohlenamt bestimmten Preise, worin auch die Löhne der Arbeiter einfließen, einzufordern. Aus diesem Grunde müssen die Arbeiter sich selbst ihr Recht erkämpfen, und ersuchen diese um die Solidarität der Arbeiter, wie überhaupt der Bevölkerung von Noabit.

Neue Löhne im Töpfergewerbe.

Infolge der riesigen Teuerung der letzten Tage sind gestern neue Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Töpfergewerbe gepflogen worden. Es kam schließlich eine Einigung auf folgender Grundlage zustande: Die Gesellenlöhne für den 1. und 2. Juni betragen 3000 M. die Stunde, für die Woche vom 4. bis 9. Juni erhöhen sich die Löhne auf 3800 M. Für die Woche vom 11. bis 16. Juni tritt eine weitere Erhöhung auf 4100 M. ein. Bei Akkordlöhnen treten Zuschläge entsprechend den vorstehenden Zulagen ein. Für Jugendliche bleibt es bei den seitherigen prozentualen Sätzen der Gesellenlöhne. Träger auf Bauten bekommen den Ofensegerlohn.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung berichtete Brindmann gestern abend im „Rosenthaler Hof“ über das Resultat der Verhandlungen. Nach unwesentlicher Debatte stimmte die Versammlung dem Abkommen gegen eine kleine Minderheit zu.

Lohnabkommen im Gastwirtsgerwebe.

Der Arbeitgeberverband im Gastwirtsgerwebe und der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten fordern gemeinsam auf, in allen Betrieben Vorschusszahlungen auf die neuen Löhne umgehend vorzunehmen! Das gestern zum Abschluß gekommene neue Lohnabkommen sieht Lohnerhöhungen von ungefähr 80 Proz. vor.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Sonnabend vormittag 10 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Angulifer 24, Funktionärerversammlung sämtlicher Branchen. In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der vorliegenden Tagesordnung ist es unbedingt erforderlich, daß jede Werkstätte vertreten ist. Die Ortsverwaltung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Ortsverein Steglitz, Freitag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, in der Aula des Kommunalschulhauses, Versammlung. Gausprecher Willi Poeth spricht über „Der Stand der Rentenversicherung“. Gäste willkommen.

Gemeinschaft proletarischer Freiberufler. Gruppe Wexlau. Mitgliederversammlung Freitag, den 8. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Biemer, Altemstraße 28. Referat über „Wohlfahrtsfragen“. Freie Aussprache. Gäste willkommen.

Wirtschaft

Ausflug der Sozialen Baubetriebe.

Den unsäglichen Schwierigkeiten zum Trotz, welche die Geldentwertung, die Uebertreibung der Baustoffe und der erbitterte Kampf des Privatkapitals gegen jede Form der Gemeinwirtschaft ihnen bereitet, haben sich die Sozialen Baubetriebe zu machtvollen Faktoren der Wirtschaft, des Bauwesens im besonderen, entwickelt. Es gab im Jahre 1922 insgesamt 207 gemeinwirtschaftliche Baubetriebe, von denen 100 Betriebe als Bauhütten, 107 als Genossenschaften organisiert waren. Jeder Betrieb hatte rund 100 Arbeiter und Angestellte, steht also in dieser Hinsicht weit über dem Durchschnitt der privaten Baubetriebe. Die verausgabten Lohnsummen stiegen von 204 Millionen im Jahre 1921 auf 2,2 Milliarden im Jahre 1922.

In ihrer durchschnittlich zweijährigen Tätigkeit haben die Sozialen Baubetriebe über 14000 Kleinwohnungen gebaut. Im Jahre 1922 wurde ein Umsatz von 4,2 Milliarden Mark erzielt; die Betriebe gingen jedoch in das neue Wirtschaftsjahr mit einem unerledigten Auftragsbestand von 6 Milliarden Mark. Die Tätigkeit der gemeinwirtschaftlichen Baubetriebe stand in der weit aus überwiegenden Mehrzahl im Dienst gemeinnütziger Körperschaften. Nur 16 Proz. des Umsatzes entfiel auf private Auftraggeber, unter denen sich aber ebenfalls noch Konsumgenossenschaften und andere Organe der Gemeinwirtschaft befanden.

Das Vermögen der Sozialen Baubetriebe nach dem Stand von Ende 1922 geht aus folgenden Zahlen hervor: Das gezeichnete Stammkapital betrug 85,6 Millionen Mark, die Reserven und Ueberläufe 254,2 Millionen, das Kreditkapital 237,4 Millionen Mark. Bei dem verhältnismäßig kleinen Anteilkapital der Genossenschaften ist der Vermögensbestand an Sachwerten bereits recht beträchtlich. Der Buchwert der Sachwerte, die sich im Eigentum der Sozialen Baubetriebe befinden, betrug Ende 1922 insgesamt 462,5 Millionen Mark, der Tageswert zum gleichen Zeitpunkt jedoch 3,95, also fast 4 Milliarden Mark. Wie diese Zahlen sind ein Beweis für die gesunde Grundlage und die kräftige Entwicklung der Sozialen Bauwirtschaft.

Die Margarinepreise. Die Margarinefabriken setzten die Preise scharf herauf. Auf 9700 M. bis 13 550 M. je Pfund. Bei diesen hohen Preisen ist das Geschäft tot, bemerkt der Marktbericht der Getreide Gasse dazu. Diese kurze Bemerkung kennzeichnet die Einschränkung, die sich breite Volksmassen infolge der Teuerung auferlegen müssen und die sogar zum Verzicht auf den notwendigen Brotauftrieb zwingt, besser als lange Ausführungen.

1 Billion neue Banknoten gab die Reichsbank in der mit dem 31. Mai abgelaufenen Woche neu in den Verkehr. Gleichzeitig hat sich der Goldbestand der Reichsbank um 76 Millionen Goldmark auf 757,9 Millionen Goldmark vermindert. 53 Millionen davon sind zur Einlösung der letzten fälligen belgischen Schatzwechsel verwendet worden, weitere 22 Millionen wurden als Pfand für Defizitkredite herangezogen. Die erhöhte Notenausgabe der Reichsbank, die den Notenumlauf auf die Höhe von 8,5 Billionen Mark gebracht hat, ist eine Folge der starken Beanspruchung der Zentralnotenbank durch Reichskredite, infolge deren sich der Bestand der Reichsbank an Schatzwechseln um 1070 Milliarden auf 8 Billionen erhöhte, und durch private Kreditanforderungen, die den Bestand der Reichsbank an Handelswechseln um 276 Milliarden auf 4 Billionen erhöhten.

14 320fache Zölle. In der kommenden Woche beträgt das Goldzollaufgeld 1 431 900 Proz., bis dahin 1 189 900 Proz.

Walzisenpreiserhöhung. Der gemeinschaftliche Preisausschuss beschloß eine Erhöhung der Stahlbündelpreise für Thomasgüte um 27,83 Proz. mit Wirkung ab 6. Juni. Der Mehrpreis für Lieferung in Siemens-Martin-Handelsgüte wurde auf 400 000 Mark, für die übrigen Sorten entsprechend ab 6. Juni festgesetzt. Ein Kilo Stabeisen kostet jetzt 2306 M., etwa den 30 000fachen Vorkriegspreis.

Eine Neugründung des Otto-Wolff-Konzerns. Mit einem Kapital von 100 Millionen Mark ist die Metall-Rontan-Aktiengesellschaft, Berlin, unter hauptsächlichster Beteiligung der Firma Otto Wolff (Köln) begründet worden. Die Gesellschaft betreibt den Handel mit Metallen und metallischen Rohstoffen und Schrott. Durch die Beteiligung der Phoenix-A.G. und der Rheinischwerke bei den Düsseldorf-Gründerfirmen hat die Metall-Rontan-A.G. eine breite Basis.

Sinnes in Dänemark. In Aarhus erschienen in der Verhandlung über die Kontursache des Großkaufmanns Berthelsen unter anderem zwei Hamburger Kaufleute, die Hugo Sinnes vertraten. Die Firma Berthelsen besitzt in Aarhus ein Öl- und Benzindepot, sowie Tankanlagen in mehreren Städten Jütlands. Die deutschen Kaufleute gaben mit 345 000 Kronen das Höchstangebot ab. Die Uebernahme fand gleich darauf statt.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 2189,50 Geld, 2200,50 Brief; 1 japanischer Yen 8863,— Geld, 8847,— Brief; 1 brasilianischer Milreis 7980,— Geld, 8020,— Brief; 1 Schweizer Franc 14314,— Geld, 14386,— Brief; 1 spanische Peseta 11990,50 Geld, 12000,50 Brief; 100 österr. Kronen 111,22 Geld, 111,78 Brief; 1 schwedische Krone 2359,— Geld, 2371,— Brief; 1 ungarische Krone 13,78 Geld, 13,84 Brief; 1 bulgarische Letva 849,50 Geld, 854,50 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 802,50 Geld, 807,50 Brief; 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 1,28 M.

Wetter bis Sonnabend mittag. Etwas wärmer, zunächst vielfach heiter und trocken. Später wieder zunehmende Bewölkung und besonders an der Küste etwas Regen bei mäßigen westlichen Winden.

Verantwortlich für den Inhalt: Viktor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Felix Catenanus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Freileben: K. S. Böcher, Berlin-Bismarcksdorf; Lokales und Sonstiges: Willy Mühsen, Berlin-Bantow; Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag: Verlags-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstedts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2. 6terz 1 Beilage.

SUNLIGHT SEIFE

unentbehrlich für die Wäsche
unentbehrlich für die Körperpflege

SUNLIGHT SEIFE
SCHUTZMARKE SEIFE

SUNLIGHT SEIFE
SCHUTZMARKE SEIFE

SUNLIGHT SEIFE
SCHUTZMARKE SEIFE

SUNLIGHT SEIFE
SCHUTZMARKE SEIFE

Die Stadt im Kampf mit der Not.

Anlagen gegen die Reichsregierung im Stadtparlament.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern auf bestimmteste sich dahin ausgesprochen, daß die wachsende Not der nach Arbeit und Brot verlangenden Bevölkerung durchgreifende Hilfsmaßnahmen erfordert, daß aber die Stadt wirksamer Unterstützung durch Staat und Reich bedarf. In der Begründung eines Dringlichkeitsantrages der sozialdemokratischen Fraktion, der Hergabe von Mitteln des Reiches und des Staates zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit fordert, richtete Genosse Krause scharfe Angriffe gegen die Cuno-Regierung des Reiches, die für die Not der Zeit und den Ernst der Lage bisher wenig Verständnis gezeigt hat und den Gemeinden die erbetene Unterstützung vorenthält. Daß die Reichsregierung und die sie stützenden Parteien auch in der Ernährungsfrage, indem sie die Getreideumlage ablehnen, eine volkschädliche Politik getrieben haben, warf Genosse Reuter ihnen vor in der Begründung eines Dringlichkeitsantrages der sozialdemokratischen Fraktion, der den Magistrat auf die Notwendigkeit der Beschaffung billiger Lebensmittel hinweist. Reuter erparte aber auch dem Magistrat nicht den Vorwurf, daß sein Ernährungsamt unter dem verderblichen Einfluß des deutschen Stadtrats Richter es an der nötigen Aktivität hat fehlen lassen. Für den Magistrat antwortete Stadtrat Genosse Brühl, der eine lange Reihe geplanter Arbeiten im Hoch- und Tiefbau aufzählte, die ausgeführt werden könnten und schon in Angriff genommen werden könnten, wenn die Stadt das nötige Geld hätte oder das Reich es als Darlehen zu erträglichen Bedingungen gäbe. Diese Anlagen gegen die Reichsregierung wurden von Kammerer Karbing und vom Oberbürgermeister Böß unterstrichen. Die Beschlüsse der Versammlung sind aus dem unten folgenden Bericht ersichtlich. Angenommen wurde schließlich auch ein Dringlichkeitsantrag zugunsten der Kurzarbeiter, deren Notlage der Genosse Reimann schilderte.

Der Versammlung lagen zwei Dringlichkeitsanträge der Sozialdemokraten vor:

1. Den Magistrat zu ersuchen, angesichts der immer mehr steigenden Not der Bevölkerung und der unaufhaltsamen katastrophalen Teuerung aller unentbehrlichen Lebensmittel sofort die in seinen Kräften stehenden Maßnahmen zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu ergreifen. — Insbesondere erwartet die Versammlung vom Magistrat und vom städtischen Ernährungsamt die Ausnutzung aller zu diesem Zweck von Reich und Staat flüssig zu machenden Kredite zur Verbilligung von Lebensmitteln und zur Beschaffung von Winterreserven. Die Versammlung ersucht ferner den Magistrat, die städtischen Lebensmittelverkaufsstellen weiter auszubauen und den Verkauf von billigen Äpfeln, Fleisch und anderen Lebensmitteln an die Bevölkerung energisch zu fördern.

2. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse schaffen für die gesamte Arbeitnehmerschaft, insbesondere für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, Zustände, die, wie die Vorgänge in anderen Städten zeigen, sich zu bedrohlichen Situationen auswirken können. Wir beantragen daher: Die Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich mit aller Energie auf Reich und Staat einzuwirken, um Mittel bereitzustellen zu erhalten zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Hierbei spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß Reich und Staat mehr als bisher der bedrohlichen Lage Berlins Rechnung tragen werden.

Der sofortigen Beratung beider Anträge wird von keiner Seite widersprochen. Verbunden wird damit der vom Gen. Reimann erstattete Bericht über den am 17. Mai vorgelegten Dringlichkeitsantrag der Kommunisten betr. die Arbeitslosigkeit im Bauhandwerk. Der Haushaltsausschuß schlägt in Erledigung dieses Antrages vor, den Magistrat zu ersuchen, mit der Reichsregierung über die Hergabe der nötigen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Bauhandwerk weiter zu verhandeln und sofort mit der Ausführung und Fortleitung aller dringlichen Berliner Bauvorhaben zu beginnen.

Gen. Krause: Unsere Fraktion ist seit langem unausgesetzt im Sinne unserer heutigen Anträge tätig. Leider müssen wir gegen die Reichs- und Staatsbehörden

scharfe Anklage erheben, daß sie für unsere Vorstellungen und für die herrschende Notlage nicht das zureichende Verständnis aufgebracht haben. Wir sehen, wie überall im Reich die Arbeitslosigkeit zu Demonstrationen und bösen Zwischenfällen geführt hat. In Berlin haben wir eine Arbeitslosenziffer von 120000; diese hohe Ziffer brauchte bei genügendem Verständnis in den maßgebenden Kreisen nicht entfernt erreicht zu werden; aber die Regierung hat gerade zu einer Zeit verlagert, wo sonst im Bauhandwerk Hochkonjunktur herrscht. Die Versammlung muß der Regierung sagen,

daß vielleicht in wenigen Tagen das Pulverfaß, auf dem wir uns hier befinden, in die Luft geht.

wenn nicht dem Skandal der bisherigen Verständnislosigkeit ein Ende gemacht wird. Der Magistrat tut, was er kann; aber das Reich trägt die Verantwortung für alle Eventualitäten, wenn es die Stadt Berlin im Stich läßt. Wie kann das Reich von Berlin 18 bis 20 Proz. Zinsen verlangen für Darlehen, die den Erwerbslosen Berlins Arbeit verschaffen sollen? Das heißt mit der Berliner Bevölkerung Schindluder treiben. Sechs Wochen lang ist verhandelt worden wegen der Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn; hier hat die Reichsregierung erklärt, für rentierliche städtische Unternehmungen kein Geld hergeben zu wollen! Wie stimmt das zu den großen Versprechungen der Regierung Cuno beim Amtsantritt, das Volk aus seinen Nöten zu befreien? Immer tiefer ist es ins Elend geraten. Der Reichsarbeitsminister hat auch bisher mehr mit Worten als mit Taten operiert. Das Reich hat Berlin schließlich versprochen, einen Kredit zu gewähren; was ist an Mitteln bereitgestellt oder sonst positiv geschehen? Sind nicht die verfallenden kommunalen Schul- und Krankenhäuser usw. letzten Endes auch ein Teil des Staates? Warum will man für deren Reparatur und Instandsetzung der Stadt Reichsmittel als Darlehen vorenthalten?

Die erwähnte Explosionsgefahr könnte der Reichsregierung gewaltigen Schaden bereiten.

Längst hätte sie von sich aus die Initiative ergreifen müssen. Statt dessen hat die Regierung es fertig bekommen, dem Magistrat Vorwürfe zu machen, daß er die Vorschläge schon gezahlt hat! Wir freuen uns der mannhaften Erwidrerung, die Gen. Reimann dem Vertreter der Finanzverwaltung zuteil werden ließ.

Gen. Reuter: Der Magistrat kann durchaus eine aktivere Lebensmittelpolitik betreiben. In der bürgerlichen Presse haben unsere beiden Anträge eine Aufnahme gefunden, die weder objektiv noch sachlich genannt werden kann. Wir wollen, daß die Stadt ihre Organisation im Ernährungsamt und ihren Kredit so ausnützen soll, daß

der minderbemittelten Bevölkerung Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen

geliefert werden können. Diesem Ziel sollte man doch verständnisvoll, aber nicht mit parteipolitischen Aversion gegenüberstehen. Die ungeheure Preiserhöhung für das Brot ist ja nicht ein Verschulden des Magistrats, sondern der Reichstagsmehrheit, die sich mit der Aufhebung der Getreideumlage gerade in einer Zeit wie der heutigen zum wirtschaftlichen Manichäismus bekehrt hat. Aber unter den schlimmen Wirkungen dieser Wirtschaftspolitik haben gerade die Berliner Arbeiter besonders zu leiden, und eine Katastrophe ist im nächsten Winter unausweichlich, wenn nicht auch der Magistrat und sein Ernährungsamt mit den ihnen noch zur Verfügung stehenden Mitteln sich aufs äußerste anstrengen und jedenfalls mehr tun, als sie bisher getan haben. Die berechtigten Interessen der Lebensmittelhändler brauchen dabei gar nicht in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Sehr würden wir begrüßen, wenn an der Spitze des Ernährungsamts ein vollamtlich beschäftigter Mann stände und wenn wir in vielleicht 14 Tagen mit konkreten Vorschlägen in der gedachten Richtung zu tun bekämen. Wie der Industrie, kann die Reichsbank mit ihren Krediten auch den Kommunen und vor allem auch Berlin zu Hilfe kommen. Mit aller

Energie sollte der Oberbürgermeister dafür sorgen, daß es diesmal nicht bei schönen Worten bleibt.

Stadtrat Brühl: Die Regierungsvorläufer haben sich bei den Verhandlungen über Maßnahmen gegen Erwerbslosigkeit hinter bestehenden Verfügungen verhalten; wir meinen: außergewöhnliche Zustände erfordern auch außergewöhnliche Maßnahmen. (Zustimmung.) Wir haben in den letzten Wochen ihnen diese Auffassung mit aller Deutlichkeit kundgetan. Wir haben unsererseits eine lange Reihe von Arbeiten an Spiel- und Sportplätzen, an Tief- und Hochbauten und städtischen Gebäuden ausgeführt, die als produktive Erwerbslosgeneratoren anzuspreehen sind und von denen ein Teil auch bereits in Angriff genommen ist; nur teilweise ist unser Standpunkt anerkannt worden. Für fast 2 Millionen Tagewerke ist Arbeit da, mit der wir sofort beginnen könnten. Man stellt aber das ganz unbillige Verlangen, daß es sich in jedem einzelnen Falle mindestens um 200 Tagewerke handeln soll! Immerhin steht zu hoffen, daß jetzt endlich die Sache vorwärts geht.

Kammerer Dr. Karbing: Unser der Regierung eingereichtes Bauprogramm umfaßt etwa 30 Milliarden und 700000 Tagewerke; davon will das Reich 5 Milliarden tragen, den Rest sollen wir als Darlehen erhalten, verzinslich entweder in wertbeständiger Form oder in Höhe des Reichsbankdiskonts. Damit konnten wir nichts anfangen; es handelt sich hier ja um Anlagen nichtwerbender Art, auch soll man der Stadt nicht einen Zinsjah zumuten, den sie nicht tragen kann. Auf endgültigen Bescheid warten wir seit vier Wochen immer noch. Es ist ja das Wichtigste, daß wir Arbeit schaffen; aber sehr bedauerlich wäre, wenn

das Reich gegen Berlin

Wachposten triebe. Die Fortführung der Nord-Süd-Bahn als Rotationsaktion anzuerkennen, hat das Reich abgelehnt. Bist es sich nicht von dem Zinsjah abbringen, den es selbst der Reichsbank zahlt, so wird sich schließlich die Stadt fügen müssen. Wir haben inzwischen die städtischen Arbeiten trotz des noch schwebenden Etats für 1923 schon fortgesetzt, soweit wir irgend konnten; von den betreffenden Arbeiten ist ein gutes Drittel schon begonnen.

Oberbürgermeister Böß: Die Bedenken der maßgebenden Stellen haben überall in den Kommunen, nicht bloß in Berlin, besorgniserregende Verzögerungen zur Folge gehabt. Trotz aller dieser äußerlichen Hemmnisse haben wir alles getan, um Luft zu schaffen. Reich, Staat und Kommune müssen Koststandsarbeiten schaffen.

Man sieht aber Eisenbahnarbeiten und dergl. gerade jetzt still liegen, auch ein Beweis, daß in Reich und Stadt genügend Verständnis vorhanden ist. — In der Lebensmittelfrage werden wir alles tun, was in unserer Kraft steht. Wir werden die angekauften Lebensmittelvorräte verkaufen, auch neue Reserven beschaffen, aber daß wir mit unseren Mitteln irgendeinen Einfluß auf die Preisbildung des Lebensmittelmarktes ausüben könnten, muß ich doch sehr bezweifeln.

Stadtrat Richter sucht das vom Ernährungsamt hinsichtlich des Verkaufs und der Verteilung der von der Stadt angekauften Lebensmittel besetzte System zu rechtfertigen.

An der Erörterung beteiligten sich aus der Versammlung Dose (Dem.), v. Eyern (D. Sp.), Aikner (D. Sp.), Dr. Rosenber (Komm.), Anton Schmidt (Z.), Brunow (Wirtsch. P.).

Herrn v. Eyern, der gemeint hatte, da Berlin dem Reich ohne hin unvorteilhafte Summen schulde, so könne es ihm auch die 18 Proz. Zinsen schuldig bleiben, gab der Kammerer den deutlichen Wink, eine Angelegenheit von solcher Tragweite doch etwas ernstler zu nehmen.

Im Schlusswort betonte Genosse Reimann gegen Herrn v. Eyern noch, daß Genosse Krause namens und im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion gesprochen, und trat dann dem Kommunisten entgegen, der den Sozialdemokraten vorgeworfen hatte, ihre erste und heute besonders leicht erfüllbare Pflicht, die Regierung Cuno zum Teufel zu jagen, sträflich vernachlässigt zu haben. Die Anträge seien nicht agitatorischen Bedürfnis entsprungen, sondern durch die himmelschreiende Not der Arbeitslosen

und der wucherisch ausgezogenen Bevölkerung eingegeben worden. Wie für Hamburg kann und müsse auch für Berlin vom Reich Hilfe geleistet werden; nur so sei der Demokratisierung der Berliner Arbeiterschaft vorzubeugen. Noch heute, nach zehn bis elf Wochen, warteten die Kurzarbeiter auf die Erfüllung der ihnen gemachten Versprechungen. (Hört, hört!) Von einmütiger Annahme der Anträge werde hoffentlich auch ein wirksamer Einfluß auf die Entschickungen der Reichsregierung zu erwarten sein.

Der Auswahlvorschlag und die beiden sozialdemokratischen Anträge werden angenommen, ersterer und der Antrag betreffend

(Copyright by Wegweiser-Verlag Berlin.)

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Aus dem Dänischen von Erwin Magnus.

Und Kapitän Samuelsen enterte an Bord: „Guten Tag, hier bin ich mit meinem Wasserwerk!“ Er steckte einen Schlauch auf das Ventil seines rostigen Wassertanks, der umsonst aus einem städtischen Posten auf dem Plage hinter dem alten Backhaus der Graupenmühle gefüllt war.

„Gestatten Sie, daß ich Ihr Bassin mit der Zentrale verbinde, Sie brauchen keine Angst vor Kurzschluß bei mir zu haben!“

Seine kleinen schwarzen Augen schlüpfen listig aus Lee der hochrückigen Nase hervor, und er berichtete seine hundert Geschichten von Hafenneuigkeiten, von Schlägereien im Schwimmbad und von Zollbeamten, die in der Steueramtskajüte saßen und „Guanosittör“ tranken, während der Tallymann englische Eisenwaren und Façence löschte, wie es dem Importeur gefiel.

Gude hatte ihm zerstreut zugehört. In der Kambüse war Feuer unter dem Kaffeekessel, als Kapitän Samuelsen kam. Er kannte den kleinen gelben Hund, von dem er wußte, daß er den ganzen Winter an Bord gewesen war, und lockte ihn. Nein, dem vorigen Schiffer hatte er nicht gehört. Es war ein wilder Hund, der sich nicht fangen ließ. Das Tier fraß einen Schiffszweiback, den man ihm an Deck schmiss, und lief dann an Land in irgendein Loch hinter dem Backhaus.

„Gratuliere zur Villa, und jetzt zeichne ich Sie als Abonnenten aufs Wasserwerk!“ Kapitän Samuelsen sprang in sein Boot, seine drei schwarzäugigen Jungen, in Bolkhemden und Watosenmützen, grinsten mit weißen Zähnen, standen aber stramm als Fallreepwache, während der Vater an Bord sprang.

Gude hatte dem Jungmann Matti eine neue Ausstattung gestiftet. In einem Keller an der Tolddogade war ein Laden mit Delszeug, Holzschuhen und Tonpfeifen, die als „letzte Neuheiten der Saison“ hinter den niedrigen Scheiben aufgehängt waren, während auf einem riesigen Schild über der Fassade des Hauses „See- und Herrenrequisierung“ stand.

Dort wurde Matti als Herr equipiert. Er stand benommen da und drehte sich vor Gude, um sich in einem neuen kaffeebraunen, gewürfelten Anzug, einem Bolkhemd mit roten Quasten am Quader und Knäpffleisen sehen zu lassen, die seiner waren als die Schuhe des Freundes eines Nyhavnmädchens.

Der Priem blieb in seiner Bude sitzen, verlegen stand er mit gespreizten Händen da und ließ sich bewundern. Er ging willig hin und her, um sich sehen zu lassen, und hielt sich rüchlich auf der Seite von Gudes sehendem Auge. Schließlich beglückwünschte Gude ihn freundlich:

„Du bist nicht wiederzuerkennen!“ und schickte Matti hinunter, um sich umzuziehen.

Gude hatte sich an Bord eingelebt. Matti konnte Kaffee und Spiegeleier machen. An Service befand sich genug in der Kambüse, Steingut, worauf unter der rissigen Glasur allerhand Schiffe gedruckt waren. Der Proviant bestand zumeist aus Konserven, doch aß Gude gewöhnlich an Land.

Jeden Morgen kam Kapitän Samuelsen mit der Filiale des städtischen Wasserwerks.

Dann erscholl sein Preis nach Matti: „Hallo, du langer Bolkshewist. Da bin ich mit dem Wasserwerk!“

Er schlug ein Samtalbum auf, in dem Talmuhren an feuervergoldeten Ketten hingen:

„Sie her, Seemann! Echte Chronometer, achtzehnkantig, zehn Jahre Garantie bei kleiner Fahrt und vierzehn Tage zur Probe! Zum Schmuck für deine neue Weste; dein Chef gibt dir gern Vorschuß auf die Heuer.“

Gude bezahlte, und Mattis rote, knotige Finger wählten bebend eine Riesenuhr mit einer Kette von Medaillen, so breit wie der Gürtel eines Preisringers. Kapitän Samuelsen bot Gude Postkarten in verschlossenem Umschlag für Herren oder transparente Spielkarten mit pitaval Inhalt an, angenehm, die Sonnenhöhe zu jeder Morgenstunde zu nehmen! „Nicht Ihr Genre, Käptn? All right!“

Mit allen möglichen Ratschlägen machte er sich nützlich. Als Gude eines Tages einen abgebrochenen Schlüssel und Spuren eines Dietrichs an seiner Käjutentür fand, brachte der Kapitän für eine Bagatelle ein echt amerikanisches, einbruchsicheres Paleschloß an.

Ja, Nyhavn ist ebenso voll von Spühbuben wie von Ratten! Hatte Herr Gude sonst heute noch irgendwelche Aufträge? Hatte Herr Gude nicht Bedarf für einen geübten Barbier? Samuelsen hatte die ganze Besatzung vom Kapitän bis zum Messeligen, ja den Schiffshund dazu rasiert! Mitten in der Sommerhitze. „Heute nicht? Ja, nichts für ungut. Dann stoßt ab, Jungens, jetzt kommt Vater.“

Seine Bude war dick, aber Gude sah deutlich, daß es von der Junge, nicht von einem Priem herrührte. Wenn er auf Deck spuckte, war es nicht von Tabakstaß gefärbt. Die See-

stiesel schlotterten um die trummen dünnen Beine, aber er stampfte wie ein echter Seemann über das geborstene Deck.

Dann stand er mit gespreizten Beinen am Rad und witterte mit der langen Nase nach Geschäften und Neuigkeiten von allen Schiffen des Hafens.

Zum Abschied sagte er mit einem ledigen Griff an die Mütze und fuhr los mit einem mächtigen Kielwasser hinter seinem verbeulten Blechboot. Die „Kumpelschute“ wurde er überall im Hafen, selbst von dem Kapitän des Schlammprahms, genannt, wenn er sich weiter bumbootete, um mit allem, von Hofenknöpfen bis zu Augensalbe und Salvarsan, zu schachern, und nach allem auspähte, was ihm vor den Bug trieb, mochte es ein Spritanker oder ein Ertrunkener, ein Steinfischer aus Dragör oder wie leihthin ein insolventer Heringshändler sein, der auf seinem Ulster schwamm, bis Kapitän Samuelsen ihm eine Fangleine um den Hals warf und ihn vermittelst zehn Kronen in bar nach der Anlegestelle des Truggrabens bugsierte.

Noch einmal winkte der Kapitän „Hals und Beinbruch“. An der Kelling hingen seine schwarzäugigen Jungen. Heute war es einer mehr; er hatte die Masern gehabt.

Wenn Gude des Abends unter der leise schaukelnden Lampe bei seiner Arbeit saß, konnte die Einsamkeit schwer werden. Oft kramte es rings in den alten Planken, es konnte lauten, als gingen rasche Schritte oben über das Deck. Er arbeitete an diesen Abenden an einer Broschüre über die schiffbrüchigen Finanzen des Augenblicks. Der konkrete Stoff bekam hier an Bord einen Hintergrund von Verfall und Tod. Die dumpfen Schatten außerhalb des Lichtkreises der Lampe nahmen phantastische Formen an, es konnte sich anhören, als ob Seeleute sich drinnen in ihren Kojen umdrehten. Hier hatten sie, in jeglichem Wetter schlingend, geträumt und gestuft und getrunken. Bargen die alten Balken noch das Echo der Zeit, die tot war?

Jetzt sah er selber da und schrieb über eine schiffbrüchige Welt. Er war ihr auf ihrer blinden Fahrt gefolgt, hatte von Kind auf ihren wilden, übermütigen Kurs gekannt. Kurve auf Kurve konnte er ihre Geschichte aufzeichnen, das durch die Sorglosigkeit ihrer Führer in Verwirrung gebrachte Vesteck vorzeigen. Die ersten Abschnitte seines eigenen Lebens waren wie ein Spiegel dessen, was die Führer jener Zeit, die übermächtigen Vorgesetzten seiner eigenen Klasse, vorgehabt hatten. In seiner kleinen Welt — ein Duzend Jahre zurück, in dem nicht viele Häuser von hier entfernten Heim — fand er die Ursache des Schiffbruchs wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Möwen-Eier Stock 490 M
Kaninchen gestreift u. ausgeworfen gefroren Pfund 2500 M
Rehfleisch Pfund 3600 M
Rehblätter Pfund 6800 M
Tilsiter Käse feine Qualität Pfd. 5900 M
Räucherflundern Colberger Pfd. 4200 M

Grüne Heringe Pfund 1800 M
Frische Makrelen Pfund 2400 M
Steinbutten mittel-groß Pfund 2800 M
Radischen Bund 110 M
Salat Kopf 250 u. 350 M
Sellerie Pfund 950 M
Ital. Zwiebeln Pfund 1700 M
Neue ital. Kartoffeln Pfund 2000 M
Gr. Gurken Stck. v. 3000 an

Quadratkäse Pfund 3600 M
Romaturkäse Pfund 3900 M
Limburgerkäse Pfund 5500 M
Zwiebelleberwurst Pfund 7200 M
Rotwurst Pfund 7200 M
Salzwurst Pfund 7200 M
Landleberwurst Pfund 8800 M

Kalbskamm u. Brust Pfund 5600 M
Kalbskeule und Rücken, ganz Pfund 6000 M
Hammel-Vorderfleisch Pfd. 7600 M
Hammelkeule u. Rücken, ganz und geteilt Pfund 8000 M
Gehacktes Rindfleisch Pfd 8000 M

Prima Ochsenfleisch Kamm, Brust gefr. Pfund 6800 M



Servus, merke sich ein jeder, putzt die Schuh, erhält das Leder.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Maskenball
Volksbühne Der Zerrissene

Schauspielhaus Lessing - Th.
D. Journalisten Liebesstreik

Theater I. d. Königrätz. Str. 8: Der wunderl. Geschicht. II. Teil Kreisl. Eckfenster

Berliner Th. Mädi

Deutsch. Opernhaus Sataniel

Friedr.-Wilhelmst. Th. Die blonde Ratte

Groß-Volkoper im Theat. d. Westens

Intimes Theater 8: Diplomats im Dienst

Die blaue Hawaii Metropol-Theater

Wintergarten Varieté-Spielplan

Urania Alt-Berlin

Reichshallen-Th. Stettiner Sänger

Süße Susi Thalia-Theater

Die rot. Katze Th. a. Hollendorpf

Die schöne Rivalin Th. Wallner-Th. 77

Residenz-Th. Die Entlassung

Kleines Th. Das blonde Gift

Trianon-Th. Walzer

Central-Theater Die dumme Liebe

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Berliner Bockbrauerei

Magen-Heilmittel

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Deut. Künstler-Th. Tugend-Prinzessin

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Robert Czaya
Hermann Stenzel

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Liniestraße 83/85.
Geschäftszeit von 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.

Achtung! Goldschmiede
Sonnabend, den 9. Juni, nachmittags 2 Uhr, in den 'Sophien-Sälen', Sophienstraße 17.

Admirals-Varieté
Bestes Programm
Schauspielplan vom 8.-14. 6. 23

UFA-PALAST A. ZOO
Fridericus Rex
TAUENTZIENPALAST
D. Galerienstr. 11

U. T. FRIEDRICHSTR.
Die Sonne von St. Moritz
U. T. ALEXANDERPL.
Wettkamp ums Glück

Möbelfabrik 'Ofen'
Bilanz vom 31. Dezember 1922
Raffa-Rente 287 702,25

Die Haftpflichtsumme aller Genossen beträgt 230 Mrk. Die Anzahl der Genossen beträgt 7. August Tatsch Falle Fallesen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin - N 54, Liniestraße 84-85
In der Nacht vom 2. zum 3. Juni 1923 verstarb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus an den Folgen eines schweren Lungen-spitzenkatarrhs unser Kollege

Ernst Lange
Einrichter - Branchenleiter der Hilfsarbeiter
Sein plötzlicher Tod bedeutet für die Organisation einen schweren Verlust. Während seiner schweren Krankheit war er noch im Dienste der Organisation tätig. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren und bitten, daß sich die Kollegen zahlreich an der Bestattung beteiligen.



Anzug oder Schlüpfer
Wollen Sie einen Anzug oder Schlüpfer kaufen? So besichtig Sie vor anderweit. Kauf meine Riesensalger! Auf Kredit! Das Neueste in Jackett- u. Celway-

Alte Gebisse auch zerbrochene
pre Zahn 9000 bis 150000 Mark.
Gold-, Silber-, Silberbruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle

VOM MENSCHENWISSENS ZUM KOMMUNISMUS
A. MARTYNOW
einem der Gründer der Russischen Sozialdemokratischen Partei und Mitglied des Zentralkomitees der Menschewiki



H. Wiese, Juwelier
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto. Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.

Gummi-
Sauger 100, 150, 300 M, Badekappen von 450 M an, Unterlagen von 2000 M an

Hühneraugen
besiegt sicher das Radikalmittel
Lebewohl-Ballen-Scheiben.
Hornhaut an d. Fußsohle verschwindet durch Lebewohl-Ballen-Scheiben.

Möbel
Bar- und Teilszahlung noch preiswert
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer, ferner Einzel-Möbel

Soeben erschienen! Soeben erschienen!
VOM MENSCHENWISSENS ZUM KOMMUNISMUS
A. MARTYNOW

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend Trauringe

Mauer 7.63 160000 M.
Kaufe Waffen und Munition verschiedener Art, Prismenkläser und Feldstecher

Metallbetten
Stahlmatt, Kinderbetten für an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Bekleidung
Reihens Rosenhölzer Art, Vintenstraße 23/24, Edle Rosenhölzer, verkauft billige Angäbe, Schiller, Covercoats, Celestis, Gummimantel, Regenmäntel, Kleiderstoffe, Samtstoffe, Reine Kommodore.

Möbel
Metallbetten 30 000.-, Chaiselongue 40 000.-, Patentmatrassen, Polstermatrassen, Kinderbetten, Reide, Angäbe, Reide, Quergebäude

Musikinstrumente
Violen preiswert, Klaviermacher, Viol. Brunnenstraße 33.

Kaufgesuche
Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barboresplatz 2, Rollendorf 1307.

Verkäufe
Kleidermaschinen, wenig gebraucht, mit Garantie, billige Preise, auch Jahrlanggarantie, Fischer, Potsdamerstr. 100, Rollendorf 1302.

Geschäftskäufe
Rüchtlings suchen dringend Erben-erbschaft, Grundstücke, Degen, Chausseestraße 115, Potsdamerstraße 68, Kurfuerstendamm 62, Rollendorf 1303.

Autozubehör
Ruders, Mühlsteinen kauft Möbel, Rollendorfstraße 5-6.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Drucker
Stellenangebote!
Stellen im Vorwärts!
Beste Beachtung!

Gesucht
nach der Schweiz für circa 3 Monate

Vorwärts-Austrägerinnen
werden sofort eingestellt
Berlin, Wilmersdorfstr. 47
Immanuelkirchstr. 24
Dattstr. 9
Wilmersdorfer Str. 48

Baumhulenkweg, Kiehlhofstr. 180
Schöneberg, Weigert Str. 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 13 (Laden)